

Leipzig. Die Zeitung
erscheint täglich Abends.
Zu beziehen durch alle
Postämter des In- und
Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Inserionsgebühren für
den Raum einer Zeile
2 Bgr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Uebersicht.

Deutschland. ** Frankfurt a. M. Die Constituirende Versammlung. * Frankfurt a. M. Die Constituirende Versammlung. K Frankfurt a. M. Der Conflict mit den constituirenden Versammlungen in Oesterreich und Preußen. F Frankfurt a. M. Die Ausweisungen. Die Vorgänge in Mainz. † Dresden. Landtag: die Adresse der II. Kammer. † Leipzig. Der Deutsche Verein. * Leipzig. Die Arbeitscommission. □ München. Politische Verwirrungen. München. Landtag. Würzburg. Wilderer. Hannover. Landtag. Hannover. Anleihe. — Der Holzdiebstahl in Württemberg. Δ Heidelberg. Die Republikaner. Streitigkeiten. Die Parlementsverhandlungen. Gelehrtencongr. Gesetzentwurf. Kassel. Landgraf Wilhelm. Darmstadt. Verhaftungen. Mainz. Die Zustände. — Die Vorgänge in Schleswig-Holstein. Luxemburg. Conflict. Die Preußen in Luxemburg. Schwerin. Die Bundestagsgesandtschaft. Oldenburg. Die Commission für das Staatsgrundgesetz. Die Staatsschuld. Wiesbaden. Die Stände. * Frankfurt a. M. Die Arbeiter. Die Ausweisungen. Bremen. Der Bürgerverein. Hamburg. Die Vermögenssteuer.

Handel und Industrie. Verkehr deutscher Eisenbahnen.
Ankündigungen.

Deutschland.

** Frankfurt, 25. Mai (*). Der interessanteste Vorgang in der heutigen Sitzung der Constituirenden Versammlung war unstreitig die Ankündigung der bevorstehenden Ankunft einer ungarischen Deputation. Der Präsident verlas eine vom Erzherzog Stephan und von dem ungarischen Ministerium ausgestellte Vollmacht für die Abgg. Pazmandy und v. Szalay, wodurch dieselben ermächtigt werden, als Abgesandte Ungarns zur Constituirenden Versammlung „für die Erhaltung und Kräftigung der zwischen den ungarischen und deutschen Staaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisse in politischer und commercieller Beziehung im Interesse der gegenseitigen Selbstständigkeit und Freiheit und des materiellen Wohls beider Länder Sorge zu tragen.“ Eine allgemeine Acclamation der Versammlung begrüßte diese Mittheilung des Präsidenten; der sofort hinzufügte, daß er die beiden Abgesandten bereits zum Besuche der Sitzungen eingeladen und zu diesem Zweck mit ständigen Karten versehen habe. Ein Mitglied beantragte sogar, ihnen Ehrensitze in Mitte der Versammlung einzuräumen, was jedoch wegen der möglichen Consequenzen für andere Fälle nicht berücksichtigt werden konnte. Von den beiden Hauptgegenständen der Tagesordnung: dem Bericht über die mainzer Vorfälle und dem Raveaux'schen Antrage, konnte keiner zur Erledigung gelangen. Die nach Mainz entsendete und gestern Abend von dort zurückgekehrte Deputation ist noch mit Sichtung des umfangreichen Materials beschäftigt, das sie dort gesammelt. Vorläufig erfuhren wir, daß der Belagerungszustand wieder aufgehoben ist. Der eigentliche Bericht wird erst morgen abgestattet werden können. Auch die Berathung des Raveaux'schen Antrags bleibt bis zur morgenden Sitzung ausgesetzt, theils wegen Krankheit des Berichterstatters Römer, theils weil der Bericht erst heute früh in die Hände der Mitglieder gelangt war. Die Commission hat sich in vier Fractionen getheilt. Die eine, aus den Abgg. v. Bede-rath, Schoder, Pfäfer, Hermann, Lette, Heckscher und Römer bestehend, schlägt folgenden Beschluß vor: „Die aus dem Gesamtwillen des deutschen Volks hervorgegangene Nationalversammlung zu Gründung einer die Einheit und politische Freiheit Deutschlands bezweckenden Verfassung erklärt, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinstimmen, abzuändern und mit der deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind.“

Der zweite Antrag, von Binde, Sommaruga, Simson und Neuwald, lautet: „Die Constituirende Versammlung, in dem begründeten Vertrauen, daß sämtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besondern Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen deutschen Verfassungswerkes mit demselben in Widerspruch stehen, abändern, und daß dieselben Abänderungen auch in den während der Dauer der Constituirenden Versammlung zu Stande kommenden neuen Verfassungen ein-

*) Vorläufiger Bericht.

zelner deutschen Staaten vorgenommen werden, geht zur Tagesordnung über.“ Antrag des Abg. Werner: „Die Constituirende Versammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.“ Endlich beantragen die Abgg. Schaffrath, Kolb und Moritz Hartmann: „I. Die Beschlußnahme über die Verfassung Deutschlands ist einzig und allein der Constituirenden Versammlung überlassen. II. Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen deutschen Staaten und die Verträge zwischen ihnen, sowie die Verträge gesetzgebender Volksvertretungen in ihnen, sind nur insoweit gültig, als sie mit dieser einzig und allein von der Constituirenden Versammlung zu errichtenden Verfassung Deutschlands übereinstimmen. III. Die zu Mitgliedern der Constituirenden Versammlung Gewählten können von der Verpflichtung, an den Verhandlungen derselben persönlich Theil zu nehmen, nur durch sie, die Constituirende Versammlung selbst, entbunden werden. IV. Diese Bestimmungen sind ein Theil der Verfassung Deutschlands.“

* Frankfurt a. M., 24. Mai. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung der Constituirenden Versammlung (um 11 Uhr) wurde der Eingang einer neuen Reihe selbständiger Anträge angezeigt. Es befinden sich darunter wieder viele für sofortige Vornahme und Beschleunigung des Verfassungswerkes; mehre, den Plan der Verhandlungen betreffend; ein Antrag (vom Abg. Vogt) auf alsbaldige Auflösung der Bundesversammlung und auf Bildung einer Centralgewalt; ein anderer auf unverzügliche Aufstellung eines Directoriums; ein Antrag (vom Abg. Mohl) auf Aufhebung des Adels und seiner Vorrechte; Anträge: auf Abschaffung der Todesstrafe; auf Herstellung einer gesonderten Verwaltung solcher deutschen Staaten, deren Fürsten gleichzeitig auch Regenten anderer nichtdeutscher Staaten sind; in Bezug auf den Sundzoll; auf Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeiter; auf Erledigung der Nahrungs- und Arbeiterfrage; auf außerordentliche Besteuerung Derer, die ein mehr als den Bedarf ihres Unterhalts betragendes Einkommen besitzen, zur Unterstützung der Bedürftigen; auf Untersuchung, wie den Webern und Spinnern in Schlesien, Sachsen u. Abhilfe ihrer traurigen Lage verschafft werden könne; auf Aufhebung aller Lotterien und Spielbanken (vom Abg. Vogt); auf Untersuchung in Betreff des Truppenstandes um Frankfurt und auf Sicherstellung der Constituirenden Versammlung gegen jede äußere Gewalt; auf ein Dankschreiben an die provisorische Regierung Frankreichs, die würdige Anerkennung der Constituirenden Versammlung aussprechend für die Kraft und Mäßigung, mit welcher diese Regierung für die Aufrechterhaltung der Ordnung gewirkt; vom Abg. Zimmermann eine große Anzahl von Reformanträgen (worunter Aufhebung aller Standesprivilegien, Verbesserung der Justiz u.); ein Antrag des Abgeordneten von Hamburg im Namen Hamburgs und vieler Städte Nord- und Süddeutschlands gegen die Flußzölle. Es wurden hierauf vom Präsidenten die weiteren Einläufe angeführt; darunter ein (an den Fünfziger-Ausschuß gerichteter, also verspätet eingegangener) Antrag des Senats der freien Stadt Hamburg zur Verständigung der deutschen Küstenstaaten über gemeinschaftliche Maßnahmen zum Schutze der Küsten gegen Angriffe; ein Protestation von Polen Westpreußens gegen die jüngst erfolgte Aufnahme einiger weiterer Landestheile des Königreichs Preußen in den Deutschen Bund.

Abg. Wischer (von Tübingen) nahm sodann das Wort: Es sei hoch an der Zeit, daß die Versammlung endlich an die Lösung der wichtigen Aufgaben, die ihr gestellt seien, Hand anlege; die Stimmung werde allenthalben, in nähern und weitem Kreisen, immer trüber; deshalb vorwärts; es möge sofort über diese dringende Angelegenheit discutirt werden. Abg. Eisenstud: Er stelle den Antrag auf sofortige Niederlegung eines Verfassungsausschusses und eines Ausschusses über die Handels- und Arbeiterangelegenheiten, zur Prüfung und Begutachtung der eingebrachten selbständigen Anträge über das Verfassungswerk und die Handels- und die Arbeiterverhältnisse. Abg. Freudentheil (aus Stade) unterstützte den Antrag: es müsse so schnell wie möglich gehandelt werden; Deutschlands Wohl und Ruhe, Allen heilig, erheische es, die Versammlung sei nun schon eine Woche beisammen und habe noch

nichts gethan, sie möge schleunigst an die entscheidenden Fragen gehen. Der Präsident weist den Vorwurf, als sei bis jetzt noch nichts geschieden, entschieden zurück; der Centralausschuß über die Geschäftsordnung habe heute seine Arbeit beendigt; der Bericht des Ausschusses über den Raveaux'schen Antrag liege zum Druck vor; der Centralausschuß für Prüfung der Legitimationen werde schon in einer der nächsten Sitzungen seinen Bericht erstatten können und die Erledigung der Legitimationen sei doch ein höchst wichtiger Punkt. Die Abgg. Schwarzenberg und Mühlensfeld mahnen gleichfalls zu thunlichster Beschleunigung des Verfassungswerkes. Abg. Bassermann: Man möge mit der französischen Nationalversammlung wetteifern; diese habe nach vierwöchentlichem Beisammensein eine Verfassungscommission ernannt; jeder Tag sei wichtig, die Constituirende Versammlung möge nicht einen einzigen verlieren, damit sie dem deutschen Volke sagen könne, sie sei mit ihrer Aufgabe beschäftigt. Abg. Wigard (von Dresden): Man solle Ausschüsse für die Anträge, welche die verschiedenen Materien betreffen, ernennen, also auch einen Verfassungsausschuß; über die Verfassungsfrage werde wol nicht so bald Bericht erstattet werden können, in der Zwischenzeit könne man dann die übrigen Materien vornehmen. Abg. Eisenstuck: Die Versammlung sei wahrlich noch nicht auf den Punkt gekommen, wo sie sein sollte, noch nicht etwas Bescheidenes sei zu Stande gebracht, eine Riesenaufgabe sei zu lösen: Verfassungsfrage und sociale Pacification; man dürfe durchaus nicht säumen, man gleiche sonst Männern in einem brennenden Hause, die, anstatt zu löschen, über die technische Einrichtung der Spritzen berathen.

Abg. Naumerk (aus Berlin) schließt sich dem Eisenstuck'schen Antrag an; es solle sofort ein großer Ausschuß von 30 Mitgliedern für eine deutsche Gesamtverfassung und ein großer Ausschuß von 30 Mitgliedern für Prüfung der Arbeits- und Gewerbsverhältnisse in Deutschland niedergesetzt werden. Nachdem noch mehrere Mitglieder darüber gesprochen, ob zuvor die Erledigung der Legitimationen der Mitglieder der Versammlung abzuwarten sei, schreitet man zur Abstimmung. Die Frage, ob sofort ein Ausschuß zu ernennen sei, welcher sich mit der Verfassungsfrage im weitesten Umfange zu beschäftigen und zu diesem Behuf sämmtliche in Bezug auf diese Angelegenheit von Mitgliedern dieser Versammlung gestellte selbständige Anträge zu prüfen und zu begutachten habe, wird von der Versammlung mit großer Majorität bejaht; ebenso die Frage, ob sofort ein Ausschuß für Prüfung und Begutachtung der selbständigen Anträge über die Arbeiter- und die Handels- und Zollfrage niedergesetzt werden solle. Die Versammlung beschließt ferner, daß der eine wie der andere dieser beiden Ausschüsse aus 30 Mitgliedern zusammengesetzt und in den Abtheilungen (deren jede zwei Mitglieder zu wählen hat) ernannt werden soll. Abg. Wesendonk: Er beantrage, daß die Abtheilungen nicht verbunden sein sollen, aus ihrer Mitte zu wählen, sondern es solle freie Wahl gestattet sein. Dieser Antrag wird als reglementswidrig verworfen. Die Versammlung beschließt hierauf die Niederlegung eines dritten Ausschusses von 15 Mitgliedern zur Begutachtung über die Prioritätsfrage bezüglich der übrigen selbständigen Anträge und der Petitionen.

Der Präsident: Die gestern nach Mainz gesendete Deputation des Ausschusses, welcher über den Zih'schen Antrag in Betreff der Vorgänge von Mainz zu berichten habe, sei noch nicht zurückgekehrt; er (der Präsident) habe indessen von Seiten dieser Deputation die Mittheilung erhalten, daß die Stadt Mainz zwar gegenwärtig ruhig, die Einwohnerschaft wie das Militair aber sehr gereizt sei, und daß die Deputation es deshalb für räthlich halte, bis nach der diesen Nachmittag um 3 Uhr stattfindenden Beerdigung der Getödteten in Mainz zu bleiben; von dem Festungsgouvernement sei eine neuere Mittheilung eingegangen, des Inhalts, daß die Beerdigung der Getödteten auf morgen früh 7 Uhr ausgeführt sei und kein Grund zu Besorgnissen vorliege. Abg. Schlössel: Er habe einen Gegenstand in Anregung zu bringen, bei dem Gefahr im Verzuge sei; es handle sich um Ausweisung zweier Männer aus Frankfurt binnen einiger Stunden. Die Versammlung erklärt sich gegen sofortige Anhörung des Schlössel'schen Antrags, der vielmehr nach dem gewöhnlichen Gange der Geschäftsordnung zu behandeln sei. Die Sitzung wurde hierauf um 2 Uhr geschlossen.

Es wurden auf Grund obiger Beschlüsse dann gewählt: für den Verfassungsausschuß die Abgg. Schreiner aus Gräß, Deiters aus Bonn, M. v. Gagern aus Wiesbaden, v. Mühlensfeld aus Wien, Drosfen aus Kiel, Andrian aus Wien, Schüler aus Jena, Simon aus Breslau, Mittermaier aus Heidelberg, v. Beckerath aus Krefeld, Dahlmann aus Bonn, v. Lichnowsky aus Berlin, Pfizer aus Stuttgart, Detmold aus Hannover, Welcker aus Heidelberg, Weseler aus Greifswald, R. v. Mohl aus Heidelberg, Hergenhahn aus Wiesbaden, Römer aus Stuttgart, Scheller aus Frankfurt a. d. D., H. v. Gagern (lehnte mit Beziehung auf die Geschäftsordnung die Wahl ab, es wird also eine neue Wahl stattfinden), Zürgens aus Braunschweig, R. Blum aus Leipzig, Wigard aus Dresden, Ahrens aus Salzgitter, Bassermann aus Mannheim, Teschkamp aus Breslau, Wais aus Göttingen, Wippermann aus Kassel, Soiron aus Mannheim.

Für den Ausschuß der Arbeiter-, Handels- und Gewerbsfrage: die Abgg. Hildebrand aus Marburg, Degenkoll aus Eulenburg, v. Rönne aus Berlin, Hollandt aus Braunschweig, Schwarzenberg aus Kassel, Karl aus Berlin, Sprengel aus Waren, Burger aus Triest, Eisenstuck aus Chemnitz, Fallati aus Tübingen, v. Brück aus Triest, Pagenstecher aus Elberfeld, Gevekoht aus Bremen, Moritz Mohl aus Stuttgart, Mehl aus Hamburg, Schirmeister aus Insterburg, Revissen aus Köln, v. Neben aus Berlin, Mathy aus Mannheim, Breusing aus Osnabrück, Hermann aus München, Osterade aus Danzig, Dieskau aus Plauen, Köhler aus Wien, Dröge aus Bremen, Franke aus Schleswig, Veit aus Berlin, Stahl aus Erlangen, Lette aus Berlin, Hlubeck aus Gräß.

Für den Ausschuß zur Entscheidung über die Priorität der eingegangenen Anträge und Petitionen: die Abgg. Trübschler aus Dresden, Anderson aus Frankfurt a. d. D., Wiederhold aus Lübeck, Fuchs aus Breslau, Grumbrecht aus Lüneburg, Simon aus Königsberg, Wurm aus Hamburg, Adams aus Koblenz, Uhlend aus Tübingen, Briegleb aus Koburg, Fehler aus Bregenz, Kolb aus Spreyer, Kieffer aus Hamburg, Rödinger aus Stuttgart, Zittel aus Karlsruhe.

K Frankfurt a. M., 24. Mai. Der vom Abg. Raveaux aus Köln in der zweiten Sitzung der Constituirenden Versammlung gestellte und in der dritten Sitzung von ihm weiter ausgeführte Antrag bezüglich des Zusammentreffens der Constituirenden Versammlung und der mit der ausgesprochenen Absicht der Feststellung einer preussischen Verfassung zusammenberufenen preussischen Nationalversammlung erheischt die unverzügliche Entscheidung der für die Einheit Deutschlands bestimmenden Frage, inwieweit die einzelnen Staaten sich den Beschlüssen der Constituirenden Versammlung unterzuordnen haben. Theoretisch ist die Beantwortung derselben leicht, denn es ist keine Einheit Deutschlands denkbar ohne ein Aufgehen der einzelnen Stämme in der Gesamtheit der Nation, so weit mindestens, als hierbei deren innere und äußere Politik, Handels- und Heerwesen und dergleichen mehr in Frage kommt, und es wird daher, soll diese Einheit erzielt werden, den einzelnen Regierungen nur der Ausbau der Einzelverfassungen auf der Grundlage der Verfassung deutscher Nation sowie die innere Landesverwaltung übrig bleiben. Je leichter aber die Lösung dieser Frage in der Theorie erscheint, desto größere Schwierigkeiten bietet sie in der Wirklichkeit, insbesondere rücksichtlich der beiden Großmächte Oesterreich und Preußen, das; denn wenn wir auch überzeugt sein dürfen, daß in der deutschen Bevölkerung beider Staaten ein echt nationaler deutscher Geist lebendig geworden sei, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß das preussische Volk vermöge seiner großen Vergangenheit sich bisher minder deutsch, wohl aber als preussische Nation gefühlt hat, und daß ihm daher das Aufgehen dieser exklusiven preussischen Nationalität eben so schwer werden muß, als es den kleinern deutschen Staaten nur erwünscht sein kann, den Mangel einer Nationalität überhaupt, der durch die Zerklüftung Deutschlands bei ihnen nothwendig bedingt war, durch die Gewinnung einer wahren Mitgliedschaft der deutschen Nation zu ersetzen. Trotz dieser Schwierigkeit glauben wir indes auf den gesunden Sinn, auf den richtigen politischen Takt des preussischen Volks zu Gunsten der deutschen Einheit rechnen zu dürfen, denn derselbe wird und muß ihm sagen, daß fortan auch Preußen seinen Schwerpunkt nur in Deutschland finden kann, und daß der vielgestaltige preussische Staat ohne vollständigstes Anschließen an Deutschland von gänzlicher Auflösung mehr als je bedroht ist.

Weit schwieriger ist dagegen die Lage der Dinge in Oesterreich, denn auch dieses hat, sobald es in ein einiges Deutschland mit einverleibt wird, als selbständige Großmacht zu existiren aufgehört, es gibt fortan keine österreichische Cabinetpolitik mehr, sondern nur eine deutsche, von der Centralgewalt Deutschlands unter der Ueberwachung des deutschen Volks dictirte und gehandhabte nationale Politik. Diesem Wechsel der staatlichen Verhältnisse sind die Deutschen in Oesterreich, wie wir aus vielfachen aus allen Theilen der Monarchie an die Regierung gelangten Adressen mit Zuversicht entnehmen dürfen, aufrichtig zugehan; dessenungeachtet wird es zweifelhaft, ob dieselben diesem deutschen nationalen Sinne der widerstrebenden nichtdeutschen Bevölkerung gegenüber die erforderliche Geltung verschaffen können; dieses hemmende Gewicht wird um so bedeutungsvoller, als bei der Berathung der künftigen Geschichte Oesterreichs neben einem Drittel Deutscher zwei Drittel Slawen Sitz und Stimme haben, und dieses ungleiche Zahlenverhältniß ist es eben, welches die Lösung der obigen Frage in Oesterreich weit schwieriger macht als in Preußen, da in diesem nur der deutsche gute Wille, das Aufgeben bisher festgehaltener Exklusivität hierzu nöthig ist, während in jenem erst noch antinationale Elemente zu bewältigen sind. Bei dieser Lage der Sachen sind die ständischen Versammlungen Preußens und Oesterreichs, welche sich selbst als verfassunggebende bezeichnen, und mit ihnen die Frage von doppelter Wichtigkeit, was die Constituirende Versammlung diesen speciellen Reichstagen gegenüber zu thun hat, um die anerkannte Souveränität der Nation und mit ihr die

Einheit
sie diesen
Souveränität
einzelne
die deut
Schritte
nannten
die ihnen
nur ober
es nicht
innern
Gefahr
wägung
Berathun
Oesterrei
Princip
Constitu
fen, son
sion jener
Deutschla
müsse. S
Revision
gestellt w
behalt, e
nung der
die deut
schen Ein
gierungen
sen werde

F Fra
gen Poliz
beiterzeit
Sie haben
kurhessisch
protokolls
den beiden
regende M
denheit de
nicht von
eingeschr
ter dem
ist ein jun
ausgezeich
Persönlich
Arbeiterver
den, auf
zur Erhalt
gen Bevöl
Versammlu
zeugen die
beiterverein
chen. Vor
mern gelese
zu einer so
das Gesche
ein hiesiger
Herren dab
sident ihne
eigentliche
allgemeiner
Ungunst un
bung des v
man sollte
die Conflict
Die hiesiger
Abend vern
ihres Berei
große Petit
sie sich über
ihren Stan
die Auswei
stituirende
aber eine in
die Dringlic
eine Commis
kommen kan
zur Verhan
festgestellt
lung der ab
Deutschland

Einheit Deutschlands nicht von neuem in Frage gestellt zu sehen? Wollte sie diesem Bedenken radical entgegenreten, so müßte sie kraft jener Souverainetät des Volks die Verathung specieller Verfassungen für einzelne deutsche Staaten so lange geradezu für unzulässig erklären, als die deutsche Verfassung noch nicht festgestellt worden ist. Mit diesem Schritte würde jedoch den unabwiesbaren Bedürfnissen der beiden genannten Staaten jede Berücksichtigung versagt und den Verhältnissen die ihnen gebührende Rechnung nicht getragen werden; denn auch ein nur oberflächlicher Blick in die Lage Preußens und Oesterreichs kann es nicht verkennen lassen, daß diese Staaten ungesäumt eines festen innern Bandes dringend bedürfen, um der jetzt schon hereindringenden Gefahr des gänzlichen Auseinanderfallens entgegenzutreten, und in Erwägung dieser Gefahr wird daher die Constituirende Versammlung die Verathung und Vereinbarung der Verfassungswerke in Preußen und Oesterreich geschehen lassen müssen, hierbei jedoch zugleich auch das Princip aufrecht zu erhalten haben, daß diese Einzelverfassungen der Constituirenden Versammlung nicht präjudicial sein können und dürfen, sondern daß vielmehr nach Feststellung dieser eine sofortige Revision jener und mit ihr deren Abänderung, da, wo sie mit der Verfassung Deutschlands nicht im Einklange stehen, unabwiesbar Platz ergreifen müsse. Somit werden aber jene Einzelverfassungen nur mit einem, diese Revision und beziehentlich Abänderung garantirenden Vorbehalt aufgestellt werden dürfen, und es steht nicht zu befürchten, daß dieser Vorbehalt, ebenso wie dessen künftige Vollziehung, wenn er unter Zustimmung der Stände beschlossen worden — und daß dies geschehe, dafür sind die deutschen Stände Preußens und Oesterreichs im Namen der deutschen Einheit verantwortlich zu machen — auf einen Widerstand der Regierungen oder der öffentlichen Meinung der betreffenden Staaten stoßen werde.

F Frankfurt a. M., 25. Mai. Gestern wurden von der hiesigen Polizei die beiden Herausgeber der kürzlich hier entstandenen Arbeiterzeitung, die H. Eduard Pelz und Effellen, ausgewiesen. Sie haben sich, von fast tausend Arbeitern begleitet, nach dem nahen kurhessischen Bodenheim begeben. Ich habe eine Copie des Polizeiprotokolls über diese Angelegenheit gelesen und dadurch erfahren, daß den beiden Herren zur Schuld gelegt wird, sie hätten sich durch aufregende Reden und das von ihnen herausgegebene Blatt die Unzufriedenheit der hiesigen Bürgerschaft zugezogen. Wirklich ist die Polizei nicht von sich aus, sondern auf den Wunsch einer Anzahl von Bürgern eingeschritten. Eduard Pelz ist theils unter seinem Namen, theils unter dem Pseudonym Treumund Welp allgemeiner bekannt. Effellen ist ein junger Schriftsteller und preußischer Referendar, ein Mann von ausgezeichnetem Talent, verständigem Benehmen und liebenswürdiger Persönlichkeit, und Jedermann hat ihm das Lob gegeben, daß er den Arbeiterversammlungen, welche aus mehreren Tausend Personen bestanden, auf die musterhafteste Weise präsidirt und seinen großen Einfluß zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung unter diesem Theile der hiesigen Bevölkerung angewendet. Viele Mitglieder der Constituirenden Versammlung, die den Arbeiterversammlungen beigewohnt haben, bezeugen diese Thatsache, und Pelz, der ebenfalls ein Vorstand des Arbeitervereins war, hat wenig und immer mäßigend und verständig gesprochen. Von der Arbeiterzeitung habe ich die beiden erschienenen Nummern gelesen, und ich bin überzeugt, daß man in ihnen keinen Grund zu einer solchen Maßregel wird finden können. Indem auf diese Weise das Geschehene sich nicht hinreichend erklären läßt, sagte mir gestern ein hiesiger Bürger, daß eine im Arbeiterverein einigen bewohnenden Herren dadurch widerfahrne Beleidigung, daß Hr. Effellen als Präsident ihnen wegen Abschweifung in der Rede das Wort entzogen, der eigentliche Grund der Feindseligkeit sei. Man kann aber die Sache allgemeiner und kürzer so ausdrücken, daß die Maßregel die Folge der Ungunst und des Misstrauens ist, mit dem man überhaupt die Erhebung des vierten Standes betrachtet. Dieses Gefühl läßt sich erklären, man sollte aber nicht durch die Art, wie man gegen Conflict kämpft, die Conflict hervorrufen. Dies, fürchte ich, wird hier geschehen sein. Die hiesigen Arbeiter von allen Gewerken wollen nun, wie ich gestern Abend vernahm, nicht eher arbeiten, bis die Ausweisung der Vorsteher ihres Vereins zurückgenommen ist, und zugleich haben sie vor, eine große Petition an die Constituirende Versammlung zu bringen, in der sie sich über das Geschehene beschweren, es als eine Feindseligkeit gegen ihren Stand erklären und um Abhülfe bitten. Schon gestern, noch ehe die Ausweisung vollzogen war, wurde diese Angelegenheit an die Constituirende Versammlung gebracht; das einbringende Mitglied wählte aber eine in der That unpassende Form, und rief damit hervor, daß die Dringlichkeit verworfen wurde (in welchem Fall ein Antrag erst durch eine Commission gehen und gedruckt werden muß, ehe er zur Verathung kommen kann). Sollte aber die Angelegenheit als Principienfrage wieder zur Verhandlung kommen, so darf man wol hoffen, daß der Grundsatz festgestellt wird, nur auf richterlichen Entscheid könne eine Beschränkung der absoluten Wohnungsfreiheit aller Deutschen in jedem Theile Deutschlands eintreten. „Polizei oder Gericht?“ ist hier die Frage,

gerade wie „Censur oder Gericht?“ bisher die Frage in der Preßangelegenheit gewesen war.

Die nach Mainz gesendete Commission ist noch gestern zurückgekehrt, und ich hörte einen in größerer Privatversammlung abgehalteten Bericht M. Blum's an, der mit den Worten schloß, daß, wenn auch nur der zehnte Theil von den Thatsachen, welche die Commission in Mainz vernommen, wahr sei, daraus hervorgehe, daß die preussische Besatzung sich seit ungefähr sechs Wochen eine Reihe von Gewaltthaten gegen die Bürger erlaubt, welche am Ende unerträglich geworden, und daß bei der großen gegenseitigen Erbitterung der Bürger und der Preußen ein die Lehren betreffender Garnisonswechsel das einzige Mittel sei, die Gefahr eines großen Unglücks von der Stadt zu wenden. Die preussischen Soldaten scheinen sich in einem nahe an Meuterei grenzenden Zustande zu befinden. Der Bericht, welchen die Commission der Constituirenden Versammlung zu erstatten hat, wird bei der großen Masse des dafür gesammelten Materials erst morgen vorkommen. Die Constituirende Versammlung ist durch diese mainzer Angelegenheit auf einen Standpunkt gekommen, gegen den sich ein Theil der Mitglieder im Allgemeinen auf das äußerste sperrt, nämlich auf den Standpunkt einer höchsten souverainen Gewalt für Deutschland; denn die mainzer Angelegenheit hat mit den bloß gefekgeberischen Befugnissen, welche diese Mitglieder der Constituirenden Versammlung allein vindiciren wollen, nichts zu thun. Die Versammlung tritt in dieser Angelegenheit vielmehr als höchste richterliche und Verwaltungsbehörde auf. Es bedurfte einer empörenden Veranlassung, wie das Glücken der Kugeln auf der mainzer Citadelle, um eine deutsche Stadt in Brand zu schießen, ehe die Constituirende Versammlung ihre Stellung ganz begreifen lernte. Noch immer ist übrigens der Theorie nach vielleicht die Mehrheit der Versammlung der Meinung, daß sie, um einen Act der ausübenden Gewalt zu vollziehen, sich selbst vorher ein Gesetz gegeben haben müsse. Es geht diesen Mitgliedern, wie es allen gründlichen Anhängern in einer Kunst geht; man spürt überall die pedantische Beachtung der wenigen gut begriffenen Elemente, die oft an der unrichtigen Stelle angewendet werden. Es ist wol vollständig klar, daß wenn aus der Constituirenden Versammlung die höchsten Gewalten des deutschen Reichs hervorgehen sollen, also dessen höchste gefekgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, diese drei Gewalten jetzt neben einander in dieser Versammlung ruhen müssen und daß, bis die Reichsverfassung fertig ist und die Reichsbehörden besetzt sind, ein Provisorium besteht, in welchem es die Pflicht der Constituirenden Versammlung ist, sich als höchste Wächter der deutschen Volksrechte zu geriren. Sollten noch einige Fälle von Bedeutung vorkommen, welche der Constituirenden Versammlung zumuthen, auf dem Gebiete der Vollziehungsgewalt wirksam zu sein, so ist die Entstehung eines provisorischen Vollziehungsausschusses unvermeidlich. Mehrere Anträge, welche am gestrigen Tag auf die Tractandenliste gekommen, gehen schon darauf los, und ein Antrag vom Abg. Vogt aus Gießen verlangt geradezu „Auflösung der Bundesversammlung und sofortige Begründung einer Vollziehungsgewalt für Deutschland.“

† Dresden, 26. Mai. Die heutige Sitzung der II. Kammer war eine sehr lebendige, und ihr Resultat kann ein nach vielen Seiten hin überraschendes genannt werden. Als Tagesordnung war die Verathung des gestern mitgetheilten Adressentwurfs angesetzt, und da das Gerücht Eingang gefunden hatte, die von der Deputation in die Adresse aufgenommene und bevorwortete Frage der Aufhebung des Zweikammersystems werde sowohl von der Kammer als auch von Seiten der Minister zu einer Cabinetsfrage gemacht werden, so konnte es nicht fehlen, daß diese Sitzung eine mehr als gewöhnliche Spannung erregte und ein außerordentlich zahlreiches Publicum auf die Tribünen gezogen hatte. Nach Vortrag einer großen Reihe Einläufe aus der Registrande (die wir morgen näher mittheilen werden) bestieg der Referent (Abg. Tschirner) die Rednerbühne und trug der Kammer den Deputationsbericht nebst dem Adressentwurf vor. Es wurde beschlossen, erst eine Discussion im Allgemeinen stattfinden zu lassen und sodann zur speciellen Verathung der einzelnen Paragraphen überzugehen. Die erstere leitete der Referent durch die Bemerkung ein, daß die Deputation die Adresse nicht sowohl als eine bloße Erwiderung der Thronrede betrachte, deshalb in dem Entwurf auch nicht Wort für Wort derselben gefolgt sei, sondern daß sie die Adresse vielmehr als das Programm der Grundsätze der Kammer angesehen wissen wolle, welche diese beim Beginn ihrer Wirksamkeit der Staatsregierung gegenüber auszusprechen habe. Er halte sich jedoch für verpflichtet, hier gleich von vorn herein die Erklärung beizufügen, daß es keineswegs in der Absicht der Deputation gelegen habe, aus der in den Entwurf aufgenommenen Frage über das Zweikammersystem eine Lebensfrage für das Cabinet zu machen; nur der Wunsch, die im Volke vorherrschende Meinung über diesen Gegenstand hier niederzulegen und der Staatsregierung zur Erwägung zu empfehlen, habe die Deputation hierbei geleitet, sodas das Ministerium nicht seine Entlassung zu nehmen brauche, wenn es das Gewünschte nicht gewähren könne.

Der Abg. Rittner fand in der Erklärung des Referenten, daß die Adresse das Programm der Kammer und nicht die Erwiderung der Thronrede sein solle, eine Abweichung vom parlamentarischen Brauch und vermisse in derselben namentlich zwei Punkte der Thronrede, die nicht hätten umgangen werden sollen, nämlich den, wo der König seinen Schmerz ausspricht über die stattgefundenen gewaltsamen Eingriffe gegen Personen und Eigenthum, und dann die Erklärung in Bezug auf Schleswig-Holstein. Die Wichtigkeit des ersten Satzes sei so in die Augen springend, daß eine Bestimmung der Kammer hier wünschenswerth erscheine; nicht minder sei dies beim zweiten der Fall, da es sich hier um den ersten Act handle, wo Deutschland in seiner Einheit fremden Eingriffen entgegentrete, und viel eher als diese Momente der Thronrede hätte manches Andere hier wegbleiben können, wie z. B. das Wahlgesez, da über dieses eine besondere Vorlage an die Stände gelangt sei und zur Berathung kommen werde.

Der Referent suchte diese Bedenken in Bezug auf den ersten Punkt durch die in dem Entwurfe ausgesprochene Erwartung, die Regierung werde die „Achtung vor Gesez und Ordnung wahren,“ zu heben, da hierin der Schutz gegen Personen und Eigenthum liege, und erklärte, daß die Deputation im Betreff Schleswig-Holsteins sich nicht für verbunden habe erachten können, dem Deutschen Bunde für seine Handlungsweise noch besondern Dank auszusprechen, da dieser nur gethan was er thun mußte, und dies leider noch zu spät gethan habe, nachdem schon deutsches Blut geflossen. Das Wahlgesez, resp. der Satz über das Zweikammersystem, sei aufgenommen worden, um Formalitäten zu beseitigen, nämlich um die Regierung zu veranlassen, hierin die den Ständen nicht zustehende Initiative zu ergreifen; auch solle dieser Satz wie bereits erklärt worden, nicht als Antrag, sondern nur als Wunsch der Kammer in der Adresse erscheinen. Der Abg. Kaiser erklärte seine Zustimmung zu dem Adressentwurf der Majorität, da dieser in einer der Würde einer Volkskammer angemessenen Sprache alle die wichtigen Grundzüge enthalte, welche das Volkswohl erheische, verbunden mit dem Ausdrucke der Liebe und Treue, die jedes Sachsen Herz für seinen König durchglühe. Dagegen müsse er sich entschieden gegen das Separatvotum (des Abg. v. d. Planitz) aussprechen, da dieses nur halbe Maßregeln enthalte und sich mit den Errungenschaften der Neuzeit nicht vertrage; die Segnungen der Verfassungsurkunde seien bisher durch die Sonderinteressen der Aristokratie verkümmert worden; eine Abänderung des Wahlgesezes, wie es das Minoritätsgutachten beantrage, genüge in diesem Punkte nicht mehr. Hier wurde der Sprecher durch den Präsidenten bedeutet, daß jetzt in der allgemeinen Discussion nicht über die einzelnen Punkte speciell gesprochen werden dürfe, worauf der Abgeordnete seine Rede fallen ließ, womit zugleich die allgemeine Debatte als geschlossen betrachtet und zur Berathung der einzelnen Punkte des Entwurfs vorgeschritten wurde. Der erste Satz des Entwurfs fand keine Ausstellung. Dagegen konnte sich der Abg. Harfort nicht mit der Fassung des zweiten Satzes *) einverstanden erklären, da hierin eine positive Ueberzeugung ausgesprochen sei, daß die Staatsregierung den auf den arbeitenden Klassen lastenden Druck heben werde. Er glaube, daß die Regierung dies nicht könne; wohl habe sie den Willen es zu thun, allein er müsse zweifeln, daß sie die Mittel hierzu, selbst mit Unterstützung der Stände, erlangen werde, denn die Noth sei so groß, daß überhaupt auf materiellem Wege ihr unmöglich abgeholfen werden könne, und die größte Anstrengung auf diesem Wege immer nur ein Beitrag zur Abhülfe sein werde. Die Hebung dieses Nothstandes könnte nur auf geistigem Wege geschehen, und hier trage Jeder die Mittel dazu in sich; wenn Jeder redlich das Seinige dazu beitrage, das gesunkene Vertrauen wieder zu beleben, den Sinn für Gesez und Ordnung herstellen zu helfen, wenn man sich damit begnüge, die Errungenschaften der Neuzeit auszubenten und zu befestigen, statt sich in Forderungen zu überstürzen, so werde der Druck sich bald heben lassen; im Gegentheil aber würden alle Bewilligungen nichts helfen. Es scheine ihm eine Veränderung der Fassung hier um so nöthiger, da sonst die untern Klassen glauben könnten, daß Alles in den Händen der Regierung und der Stände läge, was zur Hebung des Nothstandes erforderlich sei. Auf den Vorschlag des Abg. Wehner (Deputationsmitglied) wurde, nach einigen Erläuterungen des Referenten, um dem Wunsche des lezten Redners zu entsprechen, das Schlusswort des Satzes „wird“ mit „will“ vertauscht, worauf der Paragraph einstimmig Annahme fand.

Der nächste Satz des Entwurfs **) gab dem Vorsitzenden des Gesamtministeriums, Staatsminister Dr. Braun, Veranlassung, der Kam-

*) Die der Ständeversammlung gemachte Eröffnung bürgt dafür, daß die Staatsregierung Achtung vor Gesez und Ordnung wahren, den Druck, welcher schwer auf Handel und Gewerbe, schwer auf der arbeitenden Klasse lastet, heben, dem beklagenswerthen Zustande der Noth abhelfen, aber auch die Errungenschaften der Neuzeit, welche ein freieres Staatsleben gewährleisten, dem sächsischen Volke nicht vorenthalten wird.

**) Die Kammer wird die Rätze der Krone in dieser volksthümlichen Richtung kräftig zu unterstützen bemüht sein und die Mittel, welche für Durchführung derartiger Zwecke erforderlich werden, bewilligen.

mer seinen Dank auszusprechen für die darin ausgedrückte Bereitwilligkeit, die Regierung auf der betretenen Bahn zu unterstützen, wobei derselbe äußerte, daß, je fester die Regierung entschlossen sei, diese Richtung auch ferner beizubehalten, sie auch desto mehr Gewicht auf diese Ausdrücke des Volks durch seine Vertreter zu legen wisse.

Dem §. 4. *) fügte der Referent die Bemerkung bei, daß die hier empfohlene „Vereinfachung der Verwaltung“ nur auf die von früher bestehenden Behörden Anwendung finden solle, und daß die Deputation hierbei besonders das Pensionswesen im Auge gehabt habe. Staatsminister Dr. Braun äußerte, daß ohne diese Erklärung des Referenten es ihm nöthig geschienen haben würde, die Fassung dieses Satzes etwas zu verändern; denn da im Justizdepartement durch die bevorstehende Uebernahme der Patrimonialgerichtsbarkeit und Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens die Verwaltung dieses Departements sehr an Ausdehnung zunehmen müsse, so könne es den Anschein gewinnen, als spreche die Deputation sich hier gegen das Princip einer neuen Justizpflege aus. Staatsminister Georgi sprach sich dahin aus, daß, namentlich dann, wenn den Gemeinden eine größere Autonomie in der Verwaltung ihrer Angelegenheiten eingeräumt sei, manche unnütze Formalität fallen und die Vereinfachung von selbst eintreten werde, wünschte jedoch den Ausdruck „zahlreiches Beamtenheer“ hier nicht gebraucht zu sehen, damit die Beamten, die jetzt so sehr in Anspruch genommen seien, nicht noch mehr entmuthigt würden.

Staatsminister v. d. Pfordten fügte Dem bei, daß auch das Cultusministerium diesen Punkt bereits ins Auge gefaßt habe, doch werde es mehr oder weniger von der jetzt in Frankfurt in Berathung begriffenen neuen Verfassung Deutschlands abhängen, welche Vereinfachungen ausführbar seien. Auch er ersuche die Kammer, in der Fassung dieses Satzes keinen die Beamten so tief verletzenden Ausdruck, wie der von seinen Collegen bezeichnete es sein müsse, stehen zu lassen; in einer Zeit, wo das Staatsschiff in eine neue Bahn zu lenken sei, wo die Beamten in vielen Punkten vorangehen müßten und an Patriotismus nicht nachständen, müsse es diese schmerzen, sich gewissermaßen als eine außerhalb des Volks stehende Klasse bezeichnet zu sehen, während sie ihrerseits bemüht wären, sich mit dem Volk immer mehr zu verschmelzen. Staatsminister Oberländer ergriff ebenfalls das Wort. Wenn die Selbstthätigkeit des Volkes mehr geweckt und so weit ausgebildet sein werde, daß die Führung der Gemeindeangelegenheiten den Gemeinden selbst überlassen werden könne; wenn erst die Verwaltung auch in den untern Instanzen von der Justiz getrennt werden könne, dann würden auch mehrere Mittelbehörden wegfallen und die Verwaltung von selbst sich vereinfachen; freilich müßten auch die „lieben Mitbürger“ hierzu das Ihrige beitragen, und namentlich die Gewohnheit ablegen, bei Kleinigkeiten nach der Polizei zu laufen und bei jeder Gelegenheit die Thätigkeit der Behörden in Anspruch zu nehmen. Auch er müsse sich dafür aussprechen, daß man in der Adresse Härten und Unbilligkeiten gegen die jetzigen Staatsdiener vermeide; wenn man frei sein wolle, müsse man auch vor Allem gerecht sein.

Der Referent und mit ihm die Deputation erklärten sich hierauf mit dem Ausfalle der Worte „zahlreichen Beamtenheeres“ einverstanden, und nachdem ein weiterer Antrag des Abg. Brockhaus, auf die Weglassung der Worte „aller Art“ ohne Unterstützung geblieben, wurde auch dieser Satz von der Kammer einstimmig angenommen.

Der folgende Paragraph **) wurde gleich von vorn herein durch den Referenten näher erläutert; es sei ausgesprochen, daß die Kammer in der Hauptsache nur berufen sei, ein neues Wahlgesez zu berathen, weil dies die Meinung des Volkes sei, das die Kammer jetzt zu andern Beschlüssen nicht als competent erachten wolle, da ihr das Hauptelement, die aus dem Volke hervorgegangene Vertretung, fehle. Durch den Nachsatz habe aber die Deputation bewiesen, daß sie Das, was durch die Gegenwart bedingt sei, nicht abweisen wolle; auch sei sie der Ansicht, daß der Augenblick benützt werden müsse, denn was man jetzt erlangen könne, sei vielleicht später nie mehr zu erlangen. Der Abg. Harfort legte Protest dagegen ein, daß die Kammer, wie man außer derselben annehme, zu andern Beschlüssen nicht competent sei; so lange ein Gesez bestehe, müsse es als Gesez vollkommen Geltung haben, und auf Alles, was im verfassungsmäßigen Weg an die Stände gelange, könnten diese daher jetzt vollgültige Beschlüsse fassen. Der Abg. Wehner und auch der Referent ließen Dem vom staatsrechtlichen Standpunkt aus Gerechtigkeit widerfahren, und erklärten, daß der Vordersatz die Kammer nur gegen die öffentliche Meinung wahren solle; durch die Worte „in der Hauptsache“ sei ja jedes Bedenken gehoben. Es wurde nun auch dieser Abschnitt von der Kammer angenommen.

(Schluß in der Beilage.)

*) Dabei erachtet es jedoch die Kammer für ihre Pflicht, Vereinfachung der Verwaltung mit Verminderung des zahlreichen Beamtenheeres und Herbeiführung von Ersparnissen aller Art dringend zu empfehlen.

**) Kann sich nun auch die Kammer in der Hauptsache nur berufen finden, ein Gesez über natur- und zeitgemäße Wahlen der Volksvertreter zu berathen, so gebietet ihr doch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl, Das, was sonst die Gegenwart unabweisbar erheischt, in den Bereich ihrer Wirksamkeit aufzunehmen.

Leipz
gestern in
des Zahla
Dr. Gösche
mit einer
beiter zu
sei. Auch
Actien zur
überfendet
erhalten.
sich seinen
Eingang v
dung Deut
mehr ergrit
ten Antrag
während d
erzeugnisse
ben als ein
dem die W
Baaren h
die Ausfüh
selben das
den, in w
Nach länge
man möge
sprechen, a
Geschäftsor
des Kirchlic
der Deutsch
theiligen, r
über die W
Redner sich
theiligung
genommen,
Berein nicht
stellung für
noch, daß n
die roth und
fach getragen
von deren A
geschlichen.
aus Engher,
deutschen ge
Misbilligung
haben, aber
ser Versamm
sache mit Ur
Redner fand
Zeugniß. E
die Unterstü

o Leipz
h ä l t n i s s e
den zu Vera
fionsarbeiten
der Commis
und über die

□ Mün
furt soll hi
im Gebete g
Der Mann,
werden, ist
die Sache er
zwischen den
wird, wo die
wird und kar
psen ist! W
seine diploma
in Wien gel
proceß, in w
des geschieht,
will, ob es r
das freiwillig
lebenslänglich
hört zu den
Regierung et
kommis in e
werden der C
z. B. von hi
Frankfurt ges
nistern Jemar

Leipzig, 26. Mai. Der Deutsche Verein versammelte sich gestern in den Räumen des Tivoli. Die Zahl der Anwesenden war trotz des Zahltags recht ansehnlich. Den Vorsitz führte in Abwesenheit des Dr. Götschen Dr. Klee. Die Verhandlungen wurden von demselben mit einer Einleitung eröffnet, in welcher er zuerst für die brotlosen Arbeiter zu Gaben auffoderte, zu deren Empfang eine Büchse ausgestellt sei. Auch machte er darauf aufmerksam, daß dem Ausschuss 200 Stück Aktien zur Unterstützung der Spitzenarbeiter im Erzgebirge à 15 Mgr. übersendet worden seien, welche zum Verkauf in der Geschäftsstube zu erhalten. Zu ähnlichem Zwecke für die armen Weber in der Oberlausitz seien Aktien bei Hrn. Schubert zu haben. Hierauf zeigte er den Eingang von etwa 600 Thlr. für die deutsche Flotte ein, sowie die Bildung Deutscher Vereine in Iglau in Mähren und Lauenstein. Nunmehr ergriff Hr. Dr. Brachmann das Wort, um den von ihm gestellten Antrag, daß der Deutsche Verein seine Mitglieder verpflichten möge, während des gegenwärtigen Nothstandes nur vaterländische Industrieerzeugnisse zu verbrauchen, weiter zu begründen. Er bezeichnete denselben als einen von dem Nothstande der Fabriken hervorgerufenen, indem die Arbeit sich im Vaterlande durch die Ausschließung fremder Waaren heben müßte. Aber nicht bloß Brot für die Arbeiter würde die Ausführung seines Antrages schaffen, sondern es würde durch denselben das patriotische Gefühl der Deutschen gehoben und gestärkt werden, in welchem dieselben andern Nationen noch so weit nachstünden. Nach längern Verhandlungen wurde der Antrag mit der Modification, man möge es nicht als Verpflichtung, sondern nur als Wunsch aussprechen, angenommen. Ohne großen Widerspruch fand hierauf die Geschäftsordnung des Vereins Genehmigung, und es kam der Antrag des Kirchlichen Vereins an die Reihe, welcher wünschte, es möge sich der Deutsche Verein durch Mitunterzeichnung an der Vorstellung theiligen, welche jener an das Ministerium um Erlass eines Gesetzes über die Wahlen zu einer Synode gerichtet habe. Nachdem mehrere Redner sich gegen und für den Antrag ausgesprochen, wird die Theiligung an der Vorstellung abgeworfen, jedoch der Antrag angenommen, dem Kirchlichen Vereine zu eröffnen, daß der Deutsche Verein nicht gegen das Princip sei und sich die Unterzeichnung der Vorstellung für gelegener Zeit offen behalte. Nun erzählte Prof. Haupt noch, daß nach den öffentlichen Blättern auf dem Rathhause zu Zittau die roth und weiße Fahne wehe, auch in der Lausitz diese Farben vielfach getragen würden. Diese Farben seien die lausitzer, rührten aber von deren Vereinigung mit Böhmen her und seien also eigentlich die böhmischen. Ob diese Farben nun aus Dummheit, aus Furcht oder aus Engherzigkeit des Provinzialismus jetzt statt der sächsischen oder deutschen getragen würden, wisse er freilich nicht, er wolle auch keine Mißbilligung gegen derartige Kleinlichkeit vom Vereine ausgesprochen haben, aber er wünsche, daß die öffentlichen Blätter, welche von dieser Versammlung berichteten, erzählen möchten, daß dieselbe diese Thatsache mit Unwillen angehört habe. Der ungetheilte Beifall, den der Redner fand, gab von der übereinstimmenden Gesinnung das offenste Zeugniß. Schließlich ward noch vom Prof. Klathe ein Antrag über die Unterstützung der Fabriken für nächste Sitzung angefündigt.

Leipzig, 26. Mai. Die Mitglieder der für die Arbeitsverhältnisse bestimmten Commission sind auf den 29. Mai nach Dresden zu Beratungen eingeladen, welche sich über den bei den Commissionsarbeiten einzuhaltenden Gang, über die Modalität der Ergänzung der Commission, über die dem Ausschusse vorzulegenden Fragepunkte und über die Competenz der Commission erstrecken sollen.

München, 24. Mai. Einer unserer Abgeordneten nach Frankfurt soll hierher an die Seinigen geschrieben haben, „man möchte seiner im Gebete gedenken, denn dort sei eine Stimmung zum Todtschlagen.“ Der Mann, dem diese Worte in den Mund oder in die Feder gelegt werden, ist als der Gescheiteste Einer allgemein bekannt, folglich ist die Sache entweder nicht ernstlich gemeint oder man muß ergänzend zwischen den Zeilen lesen. Wenn demnächst die Stunde gekommen sein wird, wo die Systeme sich vordrängen in ihren Verfechtern, dann erst wird und kann es sich zeigen, wo die Gefahr zu suchen und zu bekämpfen ist! Welche Extreme von zwei Seiten her: Baiern will nicht auf seine diplomatische Spielerei und auf seine Hausarmee verzichten, und in Wien geht man sehr unkeiserlich davon, um den Zerbröckelungsproceß, in welchem sich die Monarchie befindet, zu forciren; und Beides geschieht, während in Frankfurt schon die Frage debattirt werden will, ob es nicht an der Zeit sei, daß man allen deutschen Herrschern das freiwillige Opfer zumuthe, von ihren Thronen herabzusteigen, um lebenslängliche oder erbliche Regierungspräsidenten zu werden! Es gehört zu den heillosen Verwirrungen und Mislichkeiten, daß, wenn eine Regierung etwas beschließt, sie in der Regel schon durch irgend ein Vorkommniß in einer andern Residenz desavouirt ist. Nach dem Bekanntwerden der Sturmpetition und ihrer Wirkungen in Wien hätte man z. B. von hier aus gewiß nicht mehr obige Ausnahmsbegehren nach Frankfurt geschickt, vorausgesetzt überhaupt, daß sich unter unsern Ministern Jemand gefunden hat, der dem Könige dergleichen zu rathen

vermochte. Wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen. Der Erzherzogin Sophie ist oft genug von treuen und intelligenten Männern gerathen worden, die Erziehung ihrer Kinder doch nicht dem emigrierten bourbonisch-jesuitischen Grafen Bombelles anzuvertrauen. Umsonst, der Franzose hat bleiben müssen, bis er sich durch das neueste Intriguenmeisterstück der kaiserlichen Entführung hoffentlich in Wien für immer unmöglich gemacht hat. Gäbe es etwas Natürlicheres, als wenn als Antwort auf diese Flucht aus dem angeblich anarchistisch gewordenen Wien die besser denkenden Städte Triest, Agram, Prag etc. für ihre Provinzen provisorische Regierungen einsetzten, sich mit Frankfurt benähmen, und dadurch gerade Das bewirkten, wovor man sich am meisten fürchtet? So ist es, gerade so. Warum müssen plötzlich bairische Truppen nach der österreichischen Grenze zu marschiren? Auf Anrufen aus Wien gewiß nicht; denn die Hofpartei hat ja durch Bombelles erst den Bürgern von Linz rathen lassen, sie sollen sich mit den Slawen verbinden. Also hat wol Jemand in Frankfurt eingesehen, daß einige Tausend Mann an der bairisch-sächsisch-böhmischen Grenze für gewisse Phasen der Slawenfrage auch nicht übel angebracht sein dürften. Der deutsche Adel in der österreichischen Monarchie und dergleichen die österreichische Geistlichkeit im Bunde mit den Slawen, was heißt das eigentlich? Bauer, du bleibst leibeigen, und die Bürger der Freistädte schicken Deputirte zu den Postulantenlandtagen, damit hat's sein Bewenden. Sollte dies das Volk nicht einsehen und des abscheulichen Dreibundes sich wehren? Wir wollen es hoffen, und auch Das läßt sich nicht verkennen, daß die großen Herren in ihrer Verblendung dem Volke das Erkennen und die Selbsthilfe höchlichst erleichtern. Quem deus vult perdere, eum dementat.

München, 25. Mai. In ihrer Abend Sitzung am 23. Mai setzte die Kammer der Abgeordneten die Berathung der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über das Ablösungsgesetz fort und gelangte mit derselben zu Ende. Am Schlusse beantragte noch Präsident Kirchgehnner einen Zusatzartikel: daß die Kosten aller über die Materie des Gesetzes schwebenden und nun durch das Gesetz erledigten Rechtsstreitigkeiten unter den Parteien compensirt werden sollten. Minister v. Thon-Dittmer erklärte sich hiergegen als gegen einen Eingriff in die richterlichen Functionen. Der Zusatzartikel wird angenommen. In der Sitzung am 24. Mai wurde die früher unterbrochene Berathung des Lehnablösungsgesetzes wieder aufgenommen, worüber bei Postabgang die Discussion noch fortbauerte. — Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich am 24. Mai mit dem Gesetze über Ministerverantwortlichkeit und ständische Initiative. Zu dem Gesetzentwurf über die Gerichtsorganisation hat der Ausschuss der Kammer der Reichsräthe nunmehr in Betreff des mit der Abgeordneten Kammer controverfen Punktes der Siegelmäßigkeit folgende Fassung begutachtet: „Mit dem Notariats- und Proceßgesetze hat auch die Siegelmäßigkeit als Vorrecht aufzuheben.“ Sohin wird auch in diesem wichtigen Punkt eine Vereinigung und damit Gesamtbeschluß über das ganze Gesetz zu Stande kommen. (N. C.)

Würzburg, 24. Mai. Heute gingen 200 M. des hier garnisonirenden Jägerbataillons nach den Gemeinden Saalbach und Burkardroth ab, um dort die Ruhe herzustellen, indem in dem Orte Saalbach, wo eine berüchtigte Familie vom Landgerichte Kissingen aufgehoben werden sollte, der Verhaftung derselben durch Gendarmen und Forstpersonal sich 20 Wilderer widersetzen. Sie schossen aus den Fenstern auf die Gendarmen. (Würzb. Z.)

Hannover, 25. Mai. In der heutigen Sitzung I. Kammer wurde in der ersten Berathung der Verfassungsänderung fortgefahren. — Die II. Kammer war in ihrer gestrigen Sitzung mit der ersten Berathung der Verfassungsänderungen beschäftigt. Das System zweier Kammern wurde dabei mit großer Mehrheit angenommen. In der heutigen Sitzung II. Kammer wurde die Berathung über die Anträge der Verfassungscommission fortgesetzt. Es wurde ferner eine Conferenz über die abweichenden Beschlüsse der beiden Kammern in Bezug auf das Einnahmehudget beschlossen. Ein Ministerialschreiben, Gelder für den Nothstand betreffend, wurde berathen. Endlich folgte der Bericht des Abg. Schatzraths Lang über den emdener Hafenbau. (H. Z.)

Hannover, 22. Mai. Unsere Regierung will eine Anleihe von achtmalshunderttausend Thalern effectuiren, in der Gestalt, daß sie zu gleicher Zeit eine Version unserer 3 1/2 procentigen vornimmt. Es werden Obligationen zu 4 1/2 Proc. und zu 5 Proc. ausgegeben werden, allein so, daß die 4 1/2 proc. Obligationen nur gelöst werden können, wenn die Hälfte der einzuzahlenden Summe in 3 1/2 procentigen besteht; es würden sich dann 5 1/2 procentige herausstellen. (H. S.)

— Der Schwäbische Merkur enthält aus dem **göppinger und Kirchheimer Bezirke** vom 18. Mai betrübende Nachrichten über grobe Excesse. Vor Allem ist es empörend, wie die Waldungen verwüstet werden. Von Holzdiebstählen im bisherigen Sinn ist keine Rede mehr. Zu 10—15 Mann gehen die Leute in den Wald am hellen Tage, die dicksten Stämme werden sorgfältig ausgewählt, die Rinde kunstgerecht geschält, das Holz in Klafter gescheitert und vertheilt oder auf vier-spännigen Wagen abgeholt. Kommt der Förster dazu, so muß er sich

von 15—16jährigen Leuten verhöhnen lassen, und zeigt er dem Schult- heißen einen Holzdieb an, so wird ihm jede Beihilfe geradezu verweigert. Das Betrübenste ist hierbei, daß den früher doch immer noch mit Mislieden angesehenen Holzdieben jetzt theils die Beihilfe, theils die völlige Gleichgültigkeit eines großen Theils der Bürger zur Seite steht.

Δ Heidelberg, 23. Mai. Wie das Wetter im April, so verändert sich in jedem Augenblick die Physiognomie der im Gebärungsproceß begriffenen Welt und somit auch unseres badischen Landes. Die Vorgänge in Wien durchzucken elektrisch alle Gemüther und erfüllen die Freunde der Ruhe mit Besorgniß, die Anarchisten mit neuen Hoffnungen. Man sagt, die Arbeiter und Republikaner wollten in Frankfurt einen pariser Putsch versuchen, der ihnen hoffentlich so wenig gelingt als den Mainzern, die nun unter der Bürde des Belagerungszustandes, den der sanftmüthige Hüser gewiß nur ungern verhängt, schmachten. Das zum Abmarsche von Offenburg hierher bestimmte nassauer Militair hat, wie es heißt, wegen in dieser Stadt ausgebrochener Unruhen Ordre zum Rückmarsch erhalten. Eine Verordnung im Regierungsblatt beschränkt die Verhaftungen auf die nothwendigsten Fälle, d. h. die Rädelshüter und besonders gefährlichen Individuen. Trotz alledem ist nur die Oberfläche ruhig, losbrechen wird und muß es, und wenn's denn sein muß, so wolle ich, es geschähe bald, damit wir nicht ewig zwischen Thür und Angel schweben. — In unserer Nachbarstadt Mannheim herrscht eine Ruhe wie in einer Festung, die andern Morgens mit Sturm genommen werden soll. Bei der officiellen Feier der Eröffnung der Constituirenden Versammlung erblickte man an den Häusern der Republikaner theils gar keine, theils schwarze Flaggen. — Der Streit zwischen Christ und Matthy ist nun in einem von Ersterm der Karlsruher Zeitung beigegebenen Flugblatt zum offenen Ausbruch gediehen, und es nimmt sich wahrhaft komisch aus, wie der Ministerialrath, dessen ehrenwerthes Streben übrigens bekannt, Matthy den „Staatsrath“ an den Kopf wirft. — Die Eisenbahn bringt uns die Parla- ment- verhandlungen ziemlich rasch. Der erste Gegenstand derselben, die Frage nach der gleichzeitigen Tagung des preussischen Landtags hat die Meinungen getheilt. Man hält das Letztere deshalb für rathsam, damit durch baldige Begründung der Verfassung das preussische Ministerium seine halbe Stellung verliere, während es Viele vom Standpunkte nationaler Einigung als zu Spaltungen führend betrachten. — Zu Pfingsten soll in Frankfurt auf Betreiben des in Oppenheim privatirenden Dr. Koack, Redacteurs der Jahrbücher für Wissenschaft und Leben, ein Congress der Gelehrten zur Gründung einer deutschen Akademie der Wissenschaften stattfinden. — Im benachbarten Württemberg haben die Unruhen auf dem Lande wieder überhand genommen. — Der Entwurf zur Organisation der Geschworenen-gerichte ist von der Kammer bereits ausgegeben.

Kassel, 25. Mai. Der Kurfürst hat den Generalleutnant Land- grafen Wilhelm, Chef des zweiten Infanterieregiments, zum General der Infanterie ernannt. (K. N. 3.)

Darmstadt, 24. Mai. Gestern waren bereits 13 von den nächstlichen Ruhestörern gefänglich eingezogen, und in der vorigen Nacht sollen wieder mehrere Verhaftungen erfolgt sein. Außere Aufreizungen durch Geldspenden an unruhige müdige Menschen, zum Zwecke der Störung der gesellschaftlichen Ordnung, wurden früher bloß vermuthet, werden aber jetzt als Thatsache behauptet, welche bereits bei Gericht mehrfach bestätigt worden sei. (F. 3.)

Mainz, 24. Mai (Morgens 10 Uhr). In der vergangenen Nacht herrschte hier die Ruhe eines Kirchhofes. Schon nach 9 Uhr waren die Straßen wie ausgestorben. Die aus Frankfurt abgeordnete Commission war gestern in Conferenz mit den Militairbehörden bis tief in die Nacht. Es waren auch zwei Mitglieder der vorgesetzten Behörde unserer Festungsobern, nämlich der Bundesmilitaircommission, anwesend. Ueber das Resultat der Besprechung konnten wir nichts Näheres erfahren. Heute Nachmittag findet die Beerdigung der getödteten preussischen Soldaten statt. Die Stimmung der Garnison wie der Bürgerschaft ist noch im höchsten Grade aufgereggt. Es scheint nicht, daß die preussischen Offiziere im Stande sind, ihre Soldaten auch nur entfernt zu beruhigen. Von Seiten der Bürger verhält man sich indessen vollkommen ruhig, und doch hört man öfters von Insulten, die Einzelnen unter ihnen von preussischen Soldaten angethan werden.

2 Uhr. Der Belagerungszustand ist aufgehoben. Wir verdanken es der Commission der Parlamentsdeputation. Glück auf! Ein schönes erstes Zeichen des Daseins einer deutschen Volksvertretung! Es werden gemischte Militair-, von unbewaffneten Bürgerpatrouillen begleitet, herumgehen. (Rh. 3.)

Kendsburg, 24. Mai. Dem General v. Wrangel hat das Tann'sche Freicorps aus Hadersleben am 13. Mai folgende (bis jetzt noch ohne Erwiderung vom General Wrangel gebliebene) Adresse gesendet: Herr General! Die Stellung, welche Ihnen hier zur Wahrung deutscher Rechte anvertraut worden ist, ermächtigt uns in einer Angelegenheit uns an Sie zu wenden, welche ebenfalls ein Recht der Ehre Deutschlands,

und zwar sämtlicher Freischärler, zum Gegenstande hat. Als unsere Regierungen nicht so schnell und so energisch, wie es die Interessen und die Kraft unseres Vaterlandes verlangten, den dänischen Anmaßungen entgegenzutreten, zogen wir, nicht auf irgend eines Menschen Geheiß, aus allen Theilen Deutschlands mit den Waffen in der Hand, getragen von der Macht unserer guten Sache und der freudigen Zustimmung aller unserer Brüder, hinaus auf das Feld der Gefahr, um aus eigenem Drange den überzeugungsvollen Willen einer großen Nation verwirklichen zu helfen. Hätten wir auch nicht durch jene denkwürdigen und verdienstvollen Thaten, wodurch wir dem deutschen Freischarenthum den festesten Boden seiner Fortdauer sicherten, von unserem Muth und unserer Thatkraft Zeugniß abgelegt, so wären wir doch davon überzeugt, daß aus der freudigen und freiwilligen Bereitwilligkeit, mit der wir hinausritten, nur auf den reinen und edlen Sinn unserer Absichten geschlossen werden konnte. Dennoch, Herr General, ist uns, wie Einzelne von uns Ihnen schriftlich und mündlich dargethan haben, von Seiten der preussischen Garde eine Behandlung widerfahren, welche selbst dann noch, wenn wir waren, wofür sie uns ausgibt, als eine unmenschliche und barbarische verabscheut werden müßte. Eben weil Ihnen authentisch bereits mitgetheilt worden, wie wir im Ganzen beschimpft und verleumdet, wie Einzelne von uns mishandelt, wie Kranke verhöhnt und verletzt wurden, wie wir Alle leiden mußten von jenem maßlosen Uebermuth, der selbst nach den berliner Märztagen seinen so oft und so tief verachteten Motiven nicht untreu wird, glauben wir einer Anführung der hierher gehörigen Thatsachen um so mehr uns erheben zu können, als ja schon die deutsche Presse unsern Verleumdern das Mittel zur Verbreitung ihrer abgeschmackten Lügen und Schmähungen abgeben mußte. Die Reinheit der Absichten, mit der wir unser Glück und unser Leben auf den Altar des Vaterlandes legten, und das hohe und beglückende Bewußtsein, mit dem wir heimwärts ziehen durch die Fluren, auf denen uns die freudig dankbaren Blicke unserer neugewonnenen Brüder entgegenstrahlen, konnte uns wohl unberührt lassen von dem unziemlichen Gebahren einer längst verdamnten Verirrung; — aber der öffentlichen Meinung gegenüber, welche bereits von Lügneren betrogen worden, machen wir Gebrauch von dem Rechte, wonach es uns zusteht, an Sie, Herr General, die Anforderung zu richten, daß Sie diejenigen Regimenter, aus deren Mitte die uns zugeführte Schmach hervorging, zu einer Ehrenerklärung veranlassen, wodurch die lügenhaften vielfach verbreiteten Gerüchte ihre Widerlegung finden können. In der Ueberzeugung, an einen deutschen Ehrenmann appellirt zu haben, erwarten wir die Erfüllung unserer Forderung und unterzeichnen (folgen die Unterschriften).

Hamburg, 24. Mai. Ein Reisender berichtet über die im Kanal getroffenen Vorkehrungen, deutsche Schiffe vor dänischen Kreuzern zu hüten. Die englischen Lootsen gehen auf den ihnen gehörigen Fahrzeugen den unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen entgegen, um sie von dem Einlaufen in die Nordsee abzuhalten; für jedes deutsche Schiff, das der Lootse nach der englischen Küste bringt, empfängt er 5 Pf. St. Belohnung, die von den Asscuranzen gezahlt wird. Der Capitain des amerikanischen Postdampfschiffes Washington zog in der Nordsee, bevor man auf die Höhe von Helgoland kam, nicht nur die Flagge der Vereinigten Staaten, die Postflagge und die specielle des Washington auf, sondern auch die deutsche schwarz-roth-goldene Flagge, welche er mit am Bord hatte. In weiter Ferne bemerkte man die dänische Fregatte. Er sprach den Vorsatz aus, für die nächste Fahrt sein Schiff mit 16 Kanonen versehen zu lassen. — Die kürzlich mitgetheilte Vorsichtsmaßregel Schwedens, für das Mobilmachen seiner Truppen sowie für sämtliche Kriegskosten von Dänemark eine genügende Garantie zu erlangen, findet jetzt auch von Kendsburg aus Bestätigung. — Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind ohne Erheblichkeit. Bei Neu-Stenderup haben einige dänische Dampfschiffe Mannschaft ans Land zu bringen versucht, sind aber schon vor der drohenden Stellung einer Abtheilung Preußen zurückgewichen; ein abgefeuerter Kanonenschuß that keinen Schaden. — Wie wir hören, sollen die dänischen Gefangenen, die bis jetzt in Kendsburg stationirt waren, morgen nach Stade gebracht werden. (W. 3.)

Schleswig, 22. Mai. Heute wurden hier vom Norden fünf dänische Spione, unter denen auch ein deutscher Freischärler, gefangen nach Kendsburg durchgebracht. (W. 3.)

Schleswig, 23. Mai. Briefe aus Gothenburg vom 14. Mai besagen, daß es mit der schwedisch-norwegischen Intervention zu Gunsten der Dänen sehr bedenklich aussehe, seitdem sich mehrere schwedische Blätter gegen jede Einmischung ausgesprochen hätten. Der norwegische Staatsrath soll überdies entschieden die Ausgaben zur Bestreitung einer solchen Hülfe abgelehnt haben. — Aus Kopenhagen erfährt man, daß, als die dänische Mission an den russischen Hof misglückt war, die dänischen Staatsminister, mit Ausnahme von Bardenfleth, Eschering und Orla Lehmann, für den Frieden sich ausgesprochen haben, daß aber die Ansicht dieser drei Männer, den Krieg auf jede Weise fortzusetzen, im Staatsrathe den Sieg davongetragen habe. — Die bei den Regierungscommissaren v. Harbou und Jacobsen am 21. Mai eingetroffene Nachricht über die bis zum 28. Mai von Jütland zu bezahlende Kriegscontribution und die in Folge dessen nach Kopenhagen abgesendete Deputation mit der Erklärung der Jütländer, daß, wenn die Inselhilfe ihnen nicht zu Hülfe kämen, sie sich genöthigt sehen würden, sich der provisorischen Regierung zu unterwerfen, sieht man als eine der besten Maßregeln an, um Dänemark zum Frieden zu nöthigen. (S. C.)

Miel, nen einen richt werden unsere Arti indeß glaub daß einige fen heimsud

Luxen rant waren flicke zu Offiziere Insubordin Offizieren u verhaftet un und Ettebr Collisionen

— Von an das Sta schluß des V Freunden beg dem allein trauen auf i sehen in sein gen Reactio gen Bürger Schwe medlenburgi gierungsra th sehen worden

Olden gesehes ber rath Schleife gierungsaffes zu Oldenbur dem Advocat die von den dergelegten V großherzogl. amten im G gen aus ihre derartigen M Männern vor denburg 1,10

Wiesba tag vor der rung zwische Die Abgeord daß sie den i keiner Beding bestanden und zog in diesem sollen aber di den, daß in d Landtag eröffr Ausweg übrig die Mitglieder sind, und einz es dem!

* Frankfr gegründet wer gebildet werde essen, zur Prü Bezug haben men allmätig schein; einige mischten sich i neue Richtung übergespielt, d wurde zum G pariser Clubbi dort in der S (Zwecken) aufg der Hand und Eile nach; und (welche sich bei Beiträge für i ihre unsinnigen den, der es waf auch mit beissen

Kiel, 24. Mai. Die Gerüchte, daß Kiel nächstens von den Dänen einen Besuch erhalten werde, mehren sich; nach der neuesten Nachricht werden sie zwischen Kiel und Eckernförde mit 9000 M. Landen; unsere Artillerie ist deshalb heute verstärkt worden. Eher möchten wir indes glauben, wenn die Russen wirklich Dänemark beistehen wollen, daß einige russische Kriegsschiffe den hiesigen ihnen wohlbekannten Hafen heimsuchen werden. (B. H.)

Luxemburg. Nach einem Bericht in der Rotterdam'schen Courant waren bei der Regierung Nachrichten eingelaufen von einem Conflict zwischen den Bundesstruppen und den holländischen Offizieren, welchen letztern jene nicht mehr gehorchen wollten. Die Insubordination soll sich vorzüglich unter den in Luxemburg geborenen Offizieren und Unteroffizieren gezeigt haben. Die Rädelshörer wurden verhaftet und vor einen Kriegsrath gestellt. In Echternach, Diekirch und Ettelbrück aber nahm das Volk Partei für dieselben, sodaß es zu Collisionen kam, welche jedoch bald unterdrückt wurden.

— Von den in Luxemburg lebenden Preußen ist eine Adresse an das Staatsministerium in Berlin geschickt worden, daß sie den Beschluß des Ministeriums, den Prinzen von Preußen zurückzuberufen, mit Freuden begrüßt hätten. Sie freuten sich der Rückkehr des Prinzen, in dem allein sie den rechtmäßigen Erben der Krone erkennen; sie vertrauen auf ihn, denn sie kennen seinen edlen, treuen Charakter und sie sehen in seiner Rückkehr die Gewähr für eine schöne Zukunft, wie gegen Reaction, so gegen Anarchie, ja das einzige Mittel, einem künftigen Bürgerkriege vorzubeugen.

Schwerin, 21. Mai. Nachdem Stever-Wustrow die Stelle eines mecklenburgischen Bundestagsgesandten abgelehnt hat, ist der Regierungsrath Dr. Karsten zum diesseitigen Gesandten in Frankfurt ernannt worden. (H. C.)

Oldenburg, 18. Mai. Die zum Entwurf eines Staatsgrundgesetzes berufene Commission (Nr. 148) besteht aus den H. Staatsrath Schleifer (Vorstand eines Obergerichts), Amtmann Grederus, Regierungsassessor Buchholz, Obergerichtsanwalt Dr. Groskopf, sämmtlich zu Oldenburg, sodann dem Hausmann Lübber zu Holzwarderwarp und dem Advocat Fischer zu Birkenfeld. Die Commission ist angewiesen, die von den jetzt auseinandergegangenen 34 Landesbevollmächtigten niedergelegten Wünsche zu berücksichtigen, sowie die darauf abgegebenen großherzogl. Erklärungen. Sie ist ermächtigt, alle Behörden und Beamten im Großherzogthum um mündliche oder schriftliche Mittheilungen aus ihrem Geschäftskreise zu ersuchen, und diese sind angewiesen, derartigen Requisitionen nach Kräften Folge zu leisten. Das den 34 Männern vorgelegte Budget weist aus, daß das Großherzogthum Oldenburg 1,100,000 Thlr. Schulden hat. (D. Z.)

Wiesbaden, 23. Mai. Wie wir hören, soll es gestern Vormittag vor der Eröffnung des Landtags schon zu ernsthafter Erörterung zwischen unserer Regierung und den Ständen gekommen sein. Die Abgeordneten haben nämlich vorab der Regierung eröffnen lassen, daß sie den in unserer Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eid unter keiner Bedingung leisten würden. Die Regierung soll jedoch darauf bestanden und bei fortgesetzter Weigerung erklärt haben, daß der Herzog in diesem Falle den Landtag gar nicht eröffnen werde. Darauf hin sollen aber die Landstände auf das bestimmteste sich ausgesprochen haben, daß in diesem Falle sie selbst aus eigener Machtvollkommenheit den Landtag eröffnen würden. Nach dieser Aeußerung blieb kein anderer Ausweg übrig, als eine ganz neue Eidesformel aufzusetzen, derzufolge die Mitglieder der Ständeversammlung nur sich selbst verantwortlich sind, und einzig dem Volke den Eid der Treue leisten. So geschah es denn! (Fr. Z.)

*** Frankfurt a. M., 24. Mai.** Als hier ein Arbeiterverein gegründet werden sollte, sagte man zu den Arbeitern: der Verein solle gebildet werden zur Erörterung und Wahrung ihrer materiellen Interessen, zur Prüfung der Fragen, welche auf eine Verbesserung ihrer Lage Bezug haben könnten. Nachdem aber der Verein gegründet war, kamen allmählig ganz andere Personen und ganz andere Dinge zum Vorschein; einige Polen und Franzosen und einige deutsche Agitatoren mischten sich in die Versammlungen, und bald bekamen diese eine ganz neue Richtung; die Debatten wurden auf das politische Gebiet hinübergespielt, die landesverrätherische Empörung Peder's und Struve's wurde zum Gegenstand einer Schusspetition gemacht, und nachdem die pariser Clubbisten und Anarchisten eine Petition zu Gunsten der Polen dort in der Seinestadt den Arbeitern (man weiß ja jetzt zu welchen Zwecken) aufgeschwindelt hatten, gleich waren die Herren auch hier bei der Hand und ahmten das hohe Beispiel von Paris mit auffallender Eile nach; und bei der Debatte darüber vergaß sich einer der Doctoren (welche sich der Sache der Arbeiter zu widmen vorgeben, indem sie ihnen Beiträge für ihre Schriften und Eingaben und Abonnementsgelder für ihre unsinnigen Zeitblätter abnehmen) so weit, daß ihm einer der Anwesenden, der es wahrhaft gut mit den Arbeitern meint, mit Entrüstung, aber auch mit heißendstem Spotte die Frage entgegenwarf, ob er etwa der „deut-

sche Blanqui“ werden wolle. Man spricht von seltsamen Projecten, welche die „geheimen Führer“ (die übrigens nur für ihre „Untergebenen“ geheim, sonst aber wohlbekannt sind) mittels dieses Vereins auszuführen gedächten; und es ist diese Angelegenheit für so ernst erkannt worden, daß sich gestern etwa 150 angefehene Bürger unserer Stadt in den Römer begaben und ein Einschreiten der Staatsbehörde gegen jenes wühlerische Treiben und gegen jene Volksheher verlangten. In gleichem Sinne sollen Adressen und Bürgerversammlungen vorbereitet werden. — Ein Theil der Bäckergesellen, die vor einigen Tagen von hier in Masse ausgezogen waren, ist wieder zur Arbeit zurückgekehrt, die andern aber beharren noch auf ihrer Renitenz; unter ihnen selbst ist es schon, wol aus Langweile, zu blutigen Schlägereien gekommen.

Diesen Vormittag erschien abermals eine Anzahl von 600 Bürgern im Römer, um über eine Adresse an den Senat zu berathen für Ergreifung energischer Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit der Stadt. Soeben (Abends 6 Uhr) vernehmen wir, daß die zwei Ausgewiesenen (Nr. 148) sich unter dem Geleite vieler Arbeiter bereits aus Frankfurt entfernt haben, um sich nach dem 1/2 Stunde von hier entfernten kurhessischen Grenzstädtchen Bockenheim zu begeben. Eine große Anzahl Arbeiter hat sich in einem öffentlichen Locale zur Besprechung versammelt.

Bremen, 25. Mai. Die von der gestrigen Bürgerschaft abgeänderte Formel des Bürger- und Huldigungseides lautet: „Ich will dem bremischen Freistaate treu und hold sein und der Verfassung desselben gewissenhaft nachleben. Ich will der Obrigkeit gehorsam sein und zu keinem Aufruhr Anlaß geben noch mich dazu gesellen. Die mir als Staatsbürger obliegenden Pflichten will ich nach meinen besten Kräften erfüllen; Schatz, Accise und die Consumtionsabgabe sowie alle unter Gewährschaft des Eides gestellte öffentliche Abgabe will ich gewissenhaft entrichten, auch meiner Wehrpflicht genügen. Wenn ich verfassungsmäßig bei Berathung, Beschlußnahme oder Verwaltung von Staats- oder Gemeinde-Angelegenheiten mitzuwirken habe, will ich nach bestem Wissen und Gewissen keine andere Rücksicht als die auf das gemeine Beste vorwalten lassen, überhaupt aber das Wohl des bremischen Freistaats zu fördern und jeden Schaden und Nachtheil von ihm abzuwenden redlich bemüht sein. So wahr helfe mir Gott!“

Hamburg, 25. Mai. Die erbgesessene Bürgerschaft hat die vom Rathe beantragte außerordentliche Steuer vom Vermögen genehmigt. (B. H.)

Handel und Industrie.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 142.)

a) Im März d. J.		
29) Badische Staatsbahn: 194,934 Pers., 168,001 Etr. 34 Pfd.		93,198 Thlr. 22%; Sgr.
30) Düsseldorf-Elberfeld: 23,984 Pers., 106,589 Etr. 67 Pfd.		14,178 : 15
31) Main-Neckar-Bahn: 65,165 Personen, 29,315 Etr.		24,353 : 24 2/7
Summa 28-31: 284,083 Pers., 303,906 Etr.		131,731 : 1 1/7
b) Im April d. J.		
12) Berlin-Potsdam-Magdeburg: 68,858 Pers., 49,426 Etr.		55,672 : 10 1/6
13) Berlin-Stettin: 22,771 Pers., 93,863 Etr.		42,745 : 2 2/3
14) Krakau-Oberschlesische: 6400 Pers., 14,304 Etr.		6034 : —
15) Leipzig-Dresden: 36,643 Pers., 88,036 Etr.		43,261 : 4 1/2
16 a) Linz-Budweis: 1906 Pers., 60,116 Etr. 99 Pfd.		17,779 : 11 1/2
16 b) Linz-Gmunden: 13,065 Pers., 75,658 Etr. 49 Pfd.		14,446 : 16 1/4
17) Mecklenburgische: 6831 Pers., 8271 1/2 Etr.		3958 : 25 1/2
18) Niederschlesische Zweigbahn: 8861 Pers.		6158 : 29 1/2
19) Oesterreichische Staatsbahnen:		
a) Südbahn: 40,703 Pers., 222,176 Etr. 59 Pfd.		97,844 : 22
b) Nordbahn: 26,820 Pers., 156,793 Etr. 32 Pfd.		56,331 : 24 1/4
20) Thüringische: 55,467 Pers., 75,644 Etr.		40,822 : —
21) Württembergische Staatsbahn: 124,969 Pers., 18,020 Etr.		19,244 : 15 3/7
Summa 12-21: 413,294 Pers., 862,309 Etr. 89 Pfd.		404,299 : 12
1-21: 759,951 Pers., 1,808,687 Etr. 44 Pfd.		905,341 : 3

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n.

Hiermit beehren wir uns, unsern geehrten Geschäftsfreunden die Anzeige zu widmen, daß wir neben unsern übrigen Fabrikzweigen noch eine neu construirte amerikanische **Dampf-Mahlmühle** in Gang gesetzt haben. Es sind daher stets große Quantitäten Roggen- und Weizenmehl, sowie Futter, Gries und Kleie bei uns vorrätzig, und stellen wir bei reeller Bedienung die billigsten Preise. **Schloß Uebigau bei Dresden, den 24. Mai 1848.** **Riedel & Förster.**

COLONIA.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Köln.

Ein Auszug aus dem Protokolle der am 27. v. Mts. stattgehabten Generalversammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten General-Agenten, sowie bei den Agenten seines Bezirks, zur Mittheilung an Jeden, der sich für die Anstalt interessiert, bereit. [1938]
Leipzig, den 26. Mai 1848.

Julius Meissner.



Regelmässige Packet-Postschiffahrt von **Hamburg** nach **New-York**.

Am 1. und 15. eines jeden Monats während des Jahres werden wir die rühmlichst bekannten Packetschiffe des Herrn **Rob. M. Gloman** von **Hamburg** nach **New-York** und andere ebenfalls schnell segelnde Schiffe, im Früh- und Spätjahre nach **New-Orleans**, sowie im Juni und Juli nach **Quebec** mit Passagieren expediren, welche wir der bequemen Einrichtung und Ausrüstung wegen allen Reisenden bestens empfehlen und die billigsten Passage-Preise, sowie gewissenhafteste und beste Beförderung zusichern. Nähere Nachricht ertheilt Herr **Ferd. Sernau** in Leipzig, sowie wir selbst. [1943]

Hamburg, im Mai 1848.

Knorr & Janssen.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten, in Leipzig in der **Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung:**

Die Staatsverfassung Belgiens vom 25. Februar 1831.

Preis 3 Ngr.

[1944]

Großer Saal im Schützenhaus.

Den 28. Mai

Abschiedsvorstellung **B. BOSCO'S**

bei außerordentlicher Illumination des Saales.

Für diese **letzte** Vorstellung sind 25 der glänzendsten Piecen des Repertoire aufgespart. Auch das neuerfundene Becherspiel mit durchsichtigen Krystallbechern wird auf vielfaches Verlangen nochmals gezeigt.

Da **Bosco** vielleicht aus Amerika nie wiederkehrt, will er den verehrten Bewohnern Leipzigs zum Andenken ein kleines Geschenk trotz der allgemein schlechten Messe hinterlassen in dem Stück: „Die Bescheerung im Serail oder **Bosco** überall.“

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr präcis.

Näheres durch Anschlagzettel.

Forderungen an **Bosco** (oder seine Leute) möge man gefälligst bald melden, da derselbe nur noch bis 1. Juni hier bleibt. [1937]

Die Gemäldesammlung

des Consuls **H. Schletter**, Petersstraße Nr. 14,

ist bis auf Weiteres täglich in den Stunden von 11—5 Uhr dem Publicum geöffnet gegen eine Gabe von 2 $\frac{1}{2}$ Ngr. zur **Unterstützung arbeitsloser Arbeiter im Vaterlande.** [1945]

Soeben erschienen bei uns und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Verbrechen gegen die Sicherheit des Staats und gegen die öffentliche Ruhe

nach den Bestimmungen des Sächsischen Criminalgesetzbuchs zur Lehre und Warnung faßlich dargestellt von

Ernst Ferd. Andrich,

Rechtsanwalt in Leipzig.

Preis 4 Ngr.

10 Exemplare zusammengekommen 1 Thlr.

Grimma, im Mai 1848.

[1925—27]

Verlags-Comptoir.

Neue schottische Matjes = Seringe

in recht zarter Qualität sind wieder angekommen; der Preis ist bedeutend gefallen, empfiehlt und verkauft

Gotthelf Kühne,

Petersstraße Nr. 43/34.

Leipzig, 25. Mai 1848.

[1928—29]

Echte Havana = Cigarren

zu 12 bis 50 Thlr. in $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Kisten bei

[1381—86] **Carl & Gustav Hartort.**



In der Arena auf dem Köpflage täglich eine Vorstellung Abends 8 Uhr im Zaubertheater von der zehnjährigen **Mathilde Bannholzer**, verbunden mit Geistererscheinungen. In der heutigen Vorstellung ist hervorzuheben die so schwer auszuführende **Excomotage der Erscheinung von mit Wasser gefüllten Glasbeden mit Goldfischen.**

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 28. Mai. (Erste Sommer-Abonnementvorstellung.) **Leh**, Oper in 4 Acten, Musik von Rossini.

Montag, 29. Mai. **Die Parlamentswahl**, oder: **Das Leben eines Ehrgeizigen**, Drama in 4 Abtheilungen und einem Vorspiel: **Das Haus des Krzes**, in 1 Act, nach dem Französischen von Heinrich Marx.

(Mit einer Beilage.)

Preuß
musste
Merte
Dester
machu
+ Pra
Druck
Prag
stadt.
ausfu
Schwe
Berwü
Italien
Mail
zogthu
Spanie
die Ge
Frankr
Polen.
Eisenb
Die M
Großbr
zöfische
ten. G
richten
von S
Belgien
Dänema
handlun
Russlan
Moldau
Berhan

BL Be
lung wa
Nachdem
der Name
Der Abg.
denaer, d
sei. Der
gerechtfert
rufung an
Haft verk
eine läng
Justizmini
laute des
Sitzungen
ten, weld
auf die U
das betref
als eine J
Robbertus
Commissio
sachen unt
mann mit
Gesetz stell
der Richter
here Prüfr
Aeußerung
abgestimmt

Die A
des Finanz
ten nur ein
then und
erklärte si
Wahlmänn
sodas bei
meist bestir
wieder zwe
das Gescha
Abstimmen
welche ohn
162, Walk
bow 1, W
mung wurd
erhielt, zu
Morgen w
C Berlin
manent we

Uebersicht.

Preußen. BL Berlin. Die Nationalversammlung. C. Berlin. Kagenmusiken. Proteste und Vereine. Berlin. Antrag des Stadtverordneten Mertens. Potsdam. Fürst Ghika. Das Lehrbataillon. Major Leue.

Oesterreich. Wien. Das Ministerium des Innern und die Bekanntmachung des Grafen Chorinsky. Baron Doblhoff. Wien. Der Hof. + Prag. Kagenmusiken. Die Wahlen für Frankfurt. Die Seher und Drucker. — Der constitutionelle Verein in Prag. — Die Deutschen in Prag. Von der böhmischen Grenze. Gewehrfabrikation. Hermannstadt. Die Walachen. Die königl. Propositionen. + Pesth. Die Waffenausfuhr. Die Abreise des Kaisers. Die Bergleute. — Kroatisches Ministerium.

Schweiz. Zürich. Reactionen in den Urantonen. Tessin und Wallis. Bewürfnisse in Neuenburg.

Italien. Aus Oberitalien. Die provisorische Regierung in Mailand. Mailand. Der Krieg. — Sardinien und die Lombardei. — Das Herzogthum Piacenza. — Der Herzog von Parma. Das römische Ministerium.

Spanien. Abreise des englischen Gesandten. Sevilla. Der Herzog und die Herzogin von Montpensier. Der Aufstand.

Frankreich. Nationalversammlung. Interpellation wegen Italien und Polen. Amerikanische Beglückwünschung. Der Constitutionnel und die Eisenbahnerproppriation. Unruhige Vorgänge in Toulon, Lyon und Lille. Die Nordbahn. H. Heine's geheime Pension.

Großbritannien. Parlament. Das Morning Chronicle und die französische Eisenbahnerproppriation. Dublin. Hr. Mitchell. Die Conföderirten. Carl Dundonald. Westindien, die Bedrängniß der Pflanzler. Nachrichten vom Cap. Hongkong. Ueberlandpost aus Ostindien. Der Radscha von Sattara. Dänisches. Hr. Bankhead.

Belgien. Brüssel. Der Prinz von Preußen. Spanischer Kurier.

Dänemark. Kopenhagen. Die schwedische Hilfe. — Die Friedensverhandlungen. — Die Befangenheit auf der Dronning Maria.

Schweden und Norwegen. Stockholm. Die Rüstungen.

Rußland und Polen. Der russische Zolltarif.

Moldau und Walachei. Galatz. Die Russen. Die Cholera.

Verhandlungen der sächsischen Stände.

Preußen.

BL Berlin, 26. Mai. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war für die Wahlen des Präsidenten und der Secrétaire bestimmt. Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen worden, erfolgte der Namensaufruf der Abgeordneten. Es waren deren 373 anwesend. Der Abg. Binzelius von Trier brachte zur Sprache, daß der Abg. Waldenac, der für den Landkreis Trier gewählt worden, nicht ausgerufen sei. Derselbe befände sich wegen der jüngsten Vorgänge in Trier ungerechtfertigterweise in Haft, und er trage auf dessen sofortige Einberufung an, da gegen die fungirenden Volksvertreter nicht gerichtliche Haft verhängt werden dürfe. Ueber diesen Gegenstand entspann sich eine längere Debatte, an welcher mehre Redner Theil nahmen. Der Justizminister Bornemann hielt dem Antrage gegenüber an dem Wortlaute des Gesetzes fest, daß die Abgeordneten während der Dauer der Sitzungen nicht ohne Genehmigung der Kammer verhaftet werden dürften, welcher Fall hier nicht vorliege. Einige Redner machen hingegen auf die Analogien in andern constitutionellen Ländern aufmerksam, wo das betreffende Vorrecht der Volksvertreter sowol eine Zeit lang vor als eine Zeit lang nach den Kammeritzungen in Geltung sei. Der Abg. Robbertus trägt zur Entscheidung der Streitfrage auf Einsetzung einer Commission an, welche die der Verhaftung zu Grunde liegenden Thatsachen untersuche. Diesen Antrag unterstützt der Finanzminister Hansemann mit dem Bemerkten, die Versammlung könne sich nicht über das Gesetz stellen. Es sei gefährlich, wenn die Kammer, nachdem einmal der Richter eingeschritten sei und gesprochen habe, nun sofort ohne nähere Prüfung das richterliche Verfahren annulliren wolle. Nach diesen Aeußerungen wird über den Antrag wegen Niedersetzung der Commission abgestimmt und derselbe einstimmig angenommen.

Die Versammlung ging hierauf zu den Wahlen über. Auf Antrag des Finanzraths Seidel wurde beschlossen, daß die Wahl des Präsidenten nur eine provisorische sein solle, bis das Geschäftsreglement beraten und definitiv festgestellt sein werde. In Betreff des Wahlmodus erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der bei der Wahlmännerwahl angenommene Modus auch hier in Anwendung komme, sodas bei unentschiedenem Resultate der ersten Abstimmung die fünf meist bestimmten Candidaten auf eine engere und von diesen eventuell wieder zwei auf eine engste Wahl gebracht würden. Demnach begann das Geschäft der Vertheilung der Stimmzettel und des schriftlichen Abstimmens über die Präsidentenwahl. Bei der ersten Abstimmung, welche ohne entscheidendes Resultat blieb, erhielten die Abgg. Wilde 162, Waldeck 156, Esser 35, Pinder 5, Uhlisch 5, Kirchmann 8, Grabow 1, Weichsel 1 und Dunder 1 Stimme. In der zweiten Abstimmung wurde Abg. Wilde mit 204 gegen 168 Stimmen, welche Waldeck erhielt, zum Präsidenten erwählt. Schluß der Sitzung um 4 Uhr. Morgen werden die Wahlen fortgesetzt.

C. Berlin, 26. Mai. Die Kagenmusiken scheinen in Berlin permanent werden zu wollen, gestern Abend wiederholten sie sich bei den

Personen, welche die royalistische Landwehr gefeiert hat. Von dem Schauspieler Schneider war erzählt worden, daß er die Landwehrmänner, welche vorgestern den Unwillen des Publicums erregt hatten, mit 200 Thlr. bestochen habe. Truppweise zog man nach seiner Wohnung und erneuerte den Lärm der vorigen Abende. Ein anderer Hause begab sich zu dem Generalintendanten der königl. Schauspiele, Hr. v. Küstner, um von diesem die Entlassung des Hrn. Schneider und seine Entfernung aus Berlin zu erlangen. Natürlich war Hr. v. Küstner außer Stande, die gewünschten Erklärungen zu geben. Zu einem andern Tumult, dessen Folgen sich beträchtlicher gestalten dürften, gab die gestrige Verhandlung des Buchhändler Schneider'schen Pressprocesses Anlaß. Ein Bierwirth war im Publicum als Denunciant bezeichnet worden. Die Menge, welche vor dessen Hause ein Charivari zu bringen im Begriff war, wurde von einem Haufen Landwehrmänner angegriffen. Es entstand eine Schlägerei, bei welcher einige sehr bedeutende Verwundungen vorgekommen sein sollen. Ein dritter sehr bedeutender Tumult fand vor dem Hotel du Nord statt. Der bekannte Wit v. Döring hatte gegen Abend ein Placat an die Ecken befestigen lassen, in welchem er beantragte, „die Staatsanwälte v. Kirchmann und Temme, welche die öffentliche Meinung bereits gerichtet habe, in Anklagestand zu versetzen.“ Motive für diesen Antrag waren nicht angegeben. Als sofort die entrüstete Menge sich vor das genannte Hotel, in welchem Hr. Wit wohnt, begab, wurde er schon auf der Straße von Einzelnen erkannt, und trotz der beispiellosen Festigkeit, die er seinen zahlreichen Gegnern gegenüber behauptete, konnte er sich doch den zugehenden Mishandlungen nicht entziehen.

Wie alle diese Vorgänge zeigen, ist die Stadt fortbauend in einem erregten Zustande, welcher durch die geringsten Anlässe gesteigert wird. Auch die Bewegung unter den Studenten droht immer mehr in offene Fehde auszubrechen. Die radicale Minorität, welche das Aufstecken der schwarzen Fahne am Paradedage zu ihrer eignen Angelegenheit gemacht hat, ist von der Majorität excludirt, ein Ereigniß, welches Gewaltthatigkeiten unvermeidlich herbeiführen muß. — Von den verschiedenen gegen den Verfassungsentwurf umlaufenden Protesten verdient ein von Dr. Birchow entworfener aus dem Grunde besonderer Erwähnung, weil sich demselben die Mitglieder fast aller demokratischen Vereine angeschlossen haben. Es wird darin nicht nur gegen den Entwurf der Verfassung Protest eingelegt, sondern auch gegen den Gedanken, daß dieselbe durch eine Vereinbarung zwischen Volk und Krone zum Gesetz werden soll. Die Unterzeichner verlangen von der Nationalversammlung im Namen der Revolution und der Volkssouverainität, daß sie Beides, Entwurf und Vereinbarung, als ihrer unwürdig bei Seite schiebe, daß sie sich als den durch den Volkswillen geschaffenen, unumschränkten Ausdruck der Volkssouverainität betrachte, und nach dem Rechte der Revolution und im Geiste der Zeit aus sich heraus die Freiheiten des Volks in ihrer unverkürzten Gestalt gesetzlich feststelle. — Der demokratische Centralverein als Vereinigungspunkt aller demokratischen Verbindungen der Hauptstadt hat sich gestern constituirt. Der Verein für Volksrechte, bis jetzt unter dem Vorsitz des Dr. Glaser, hat den Professor Jacobi aus Königsberg zu seinem Präsidenten gewählt. Ein neuer Club, preussischer Verein für constitutionelles Königthum, ist vom Oberstleutnant Plümcke und dem Generalstaatskassenbuchhalter Liedke begründet.

Berlin, 26. Mai. Gestern hat der Stadtverordnete Mertens folgenden Antrag auf einen Protest der Stadtverordneten gegen den Verfassungsentwurf gestellt:

Als Friedensbedingung unseres glorreichen Kampfes gegen das absolute Königthum ist uns eine Verfassung auf breitesten Grundlagen zugesagt worden. Dieser Zusage vertrauend hat das Volk den zusammenstürzenden Thron von neuem gestützt und befestigt. Das Vertrauen des Volkes ist abermals getäuscht worden. Der von den Ministern vorgelegte Verfassungsentwurf entspricht der oben genannten Bedingung nicht und ist deshalb die Ruhe des ganzen Landes und namentlich unserer Stadt abermals gefährdet. Aus diesen Gründen und um den gefahrdrohenden Zustand so schnell als möglich zu beseitigen, erlaube ich mir Eine (Tit.) zu bitten, die constituirende Versammlung zu ersuchen, den von den Ministern vorgelegten Verfassungsentwurf, als ein durchaus reactionaires Nachwerk, ohne weitere Berathung und Berücksichtigung bei Seite zu legen und eine aus ihrer Mitte zu ernennende Commission mit Ausarbeitung eines neuen Entwurfs zu betrauen.

Potsdam, 26. Mai. Der Fürst Ghika aus der Walachei ist seit einigen Tagen in Potsdam eingetroffen und hat mit seiner Familie eine Privatwohnung bezogen. — Das Lehrbataillon ist aufgelöst. Die Mannschaften desselben sind zu ihren Regimentern abgegangen. — Major Laue, der nach England an den Prinzen von Preußen abgefandelt war, ist von seiner Mission zurückgelehrt. (W. Z.-H.)

Oesterreich.

Wien, 24. Mai. Die heutigen Zeitungen sagen: Vom Ministerium des Innern erhalten wir Nachstehendes: Die öffentlichen Blätter enthalten eine Bekanntmachung, welche der Kreisauptmann

von Salzburg, Graf Chorinsky, über einen Auftrag des im Gefolge unsers gnädigsten Kaisers reisenden Grafen Bombelles erlassen hat (Nr. 147), und welche verschiedenartige Beurtheilung findet. Wenn gleich die näheren Umstände dieser Veröffentlichung dem Ministerium nicht vorliegen, so genügt doch die Bemerkung, daß der Monarch in einem constitutionellen Staate nur durch das Organ seiner Minister seine Gesinnungen über politische Gegenstände ausspricht, und wenn eine dem allerhöchsten Hofstaate angehörige Person sich zu Erklärungen über öffentliche Ereignisse veranlaßt findet und ihre Veröffentlichung einem Regierungsorgane überträgt, eine solche Veröffentlichung immer nur als der Ausdruck der persönlichen Gesinnungen der Person, von welcher sie ausgeht, angesehen werden kann. — Hinzugefügt wird: Zur Beruhigung wird gewiß die Mittheilung dienen, daß heute von Seiten des Ministeriums der Handelsminister Baron Doblhoff nach Innsbruck abgeschickt worden ist, um als constitutioneller Rathgeber bei der Person des Monarchen zu weilen, um alle inconstitutionellen Einflüsse von den Entschlüssen des Kaisers abzuhalten; die obenstehende Desavouirung der angeblichen Aufträge des Grafen Bombelles an den Kreishauptmann Chorinsky beweist nur zu deutlich, wie nothwendig diese Maßregel des Ministeriums war.

Wien, 24. Mai. Aus Tirol ist hier in der Hofburg der Befehl eingetroffen, daß der zurückgebliebene Hofstaat alsbald dahin aufbrechen solle, da der Kaiser entschlossen scheint, recht lange in Mitte jener Felsenburg zu verweilen. — Der Sicherheitsausschuß ist gesonnen, eine Anzahl verdächtiger Ausländer von hier auszuweisen, da es sich nur zu deutlich herausgestellt hat, daß die letzten Ereignisse durch Fremde zum Theil hervorgerufen, theils befördert worden sind. Zu diesem Zweck wurde sämtlichen Hausbesitzern der Hauptstadt zur Pflicht gemacht, binnen 24 Stunden ein vollständiges Verzeichniß der Einwohner einzufenden, um danach vorgehen zu können. Doch steht zu erwarten, daß der Begriff des Ausländerthums nicht allzu weit gefaßt werden dürfe, damit sich nicht die polenfeindliche Bureaucratie unter dem Vorwand, für die Ruhe Wiens zu sorgen, der Controlleure ihres verbrecherischen Treibens in Galizien zu entledigen suche. — Der Feldzeugmeister Baron Lederer, dessen Auslieferung bekanntlich vom ungarischen Ministerium dringend verlangt wurde, ist auf Betrieb des in Presburg commandirenden Feldmarschalllieutenants Grafen Lemberg nach Pesth zurückgereist, wobei ihn eine Abtheilung Nationalgarde und einige Offiziere begleiteten, um den Greis vor Mißhandlungen zu schützen. (Wresl. Z.)

† **Prag**, 23. Mai. Die Kagenmusiken fangen wieder an und der alte Zündstoff häuft sich von neuem an einzelnen Orten auf. Die erste Veranlassung zu neuer Aufregung gaben die wienener Ereignisse. Die Flucht des Kaisers regte Alles auf das tiefste auf und gab alten Wühlereien neuen Stoff. Das Erscheinen von einigen 30 hochadeligen Familien in Prag, welche sich vor den wienener Stürmen flüchteten, veranlaßte zunächst eine in weiten Kreisen verbreitete Besorgniß, man könnte leicht Prag zum Sitze der versuchten Reaction machen; gesündere Stimmen, welche darstellten, daß eine Reaction nimmer wieder durchdringen werde, weil dies an sich unmöglich, fanden kein Gehör, und eine blinde, fast fanatische Wuth gegen jeden Schein der Reaction beherrscht die aufgeregten Gemüther. Dazu kommt, daß der neugewählte Bürgermeister, bisheriger Vicebürgermeister und Vorsitzender des Criminalamtes, an sich wenig beliebt ist und durch die schmachvollste Anklage vollends in der allgemeinen Achtung sinkt. Ein Hr. Wölfl, Bürger und Hutmacher, beschuldigt ihn in einer gedruckten Ansprache an seine Mitbürger eines schweren Criminalverbrechens und findet bei Vielen Glauben; ob mit Grund oder nicht, wird die unausbleibliche gerichtliche Untersuchung herausstellen. Die Folge dieser Anklage und der Unbeliebtheit war eine solenne Kagenmusik. Den nächsten Abend erfolgte eine gleiche dem Commandanten, Fürsten Windischgrätz, welche aber von Grenadieren auseinandergetrieben wurde. Dabei nahm man vier junge Leute fest. Dem Commandanten verargt man vorzüglich seine Thätigkeit in Wien in den Märztagen. Und damit nichts fehle, um das Maß voll zu machen, ward auch der Landespräsident, Graf Thun, der Reaction verdächtigt, indeß rein aus Mißverständnis. Er hatte in Folge einer bereits unter seinem Vorgänger erlassenen Bekanntmachung, die er nicht widerrufen durfte, da sie auf einen Ministerialerlaß sich gründete, für den 23. Mai die Wahlen für Frankfurt in hiesiger Stadt ausgeschrieben. Eine Deputation von Bürgern begab sich noch am 22. Mai Abends zu ihm und bat um sofortige Widerrufung dieser Ausschreibung. Da er dies von sich wies und man erklärte, nicht dafür stehen zu können, daß es nicht ein fürchterliches Unglück gäbe; erklärte Graf Thun, er werde die Ausführung seiner geschmähtigen Anordnungen im Falle der Noth mit Aufbietung aller Waffengewalt durchzuführen wissen, da er und jeder Bürger dem Befehle gehorchen müsse. Von andern Seiten erfolgten andere Vorstellungen; die Folge war, daß noch in der Nacht angeordnet wurde, Alle, welche wählen wollten, möchten die Stimmen schriftlich an den bestimmten Orten abgeben, damit sie nicht persönlich erscheinen müßten. Und so fand die Wahl statt. Alles das war bis heute Mittag gesche-

hen, und jede Bewegung der Massen deutete auf eine hohe Gereiztheit, die, wie man besorgte, bei der bevorstehenden Sitzung des Nationalausschusses sich entladen würde. Was während dieser Zeit, von 1—5 Uhr von einzelnen Volksfreunden geleistet, wie Alles aufgeboden wurde, um dem Präsidenten die wahre Sachlage darzulegen und die Ruhe zu erhalten, darf ich hier nicht ausführen; allein die Anstrengungen beiderseits waren ungeheuer; aber dafür auch erfolgreich. Das Sitzungslocal des Nationalausschusses war gedrängt voll, die Galerie überfüllt bis zum Ersticken. Gegen 6 Uhr erschien Graf Thun und erklärte in einer kurzen böhmischen Anrede, wie es in dem jetzigen Augenblicke erste Bürgerpflicht sei, Vertrauen zu halten zwischen den Gliedern der Verwaltung; mit Schmerz habe er erfahren, daß ihm dieses Vertrauen bei Einigen entzogen werde, und darum halte er sich für verpflichtet, eine Erklärung darüber zu geben, was von seiner Seite in den letzten Tagen geschehen sei. Dasselbe deutsch wiederholend fuhr der Präsident dann fort, er habe aus den bereits genannten Gründen die Wahl ausschreiben müssen, obwohl er selbst um der Ruhe des Landes willen den Wunsch gehabt habe, es möchte nicht gewählt werden. Weil man ihm aber versichert, die Einen wollten mit Gewalt wählen, die Andern mit Gewalt die Wahl hindern, so habe er zuerst mit Waffenaufbietung die Ruhe aufrecht erhalten wollen und ferner die schriftliche Wahl angeordnet. Die Wahl habe zu dem erwarteten Resultate geführt; nur drei hätten sich zur Wahl gemeldet in der ganzen Stadt. Diese Erklärung brachte allgemeine Heiterkeit hervor und stellte den Frieden sicher wieder her. Die Arbeiten des Nationalausschusses wurden dann mit gewohnter Ruhe fortgesetzt. Eine der wichtigsten Beschlüsse war die Niederlegung eines Comité zur Bearbeitung der Geldangelegenheiten, einer Hypothekenbank &c. Ferner wurde ein Vicepräsident, der Graf Albrecht Deym, dem Landespräsidenten zur Beihilfe gegeben und das rein böhmische Corps Svornost in seinem Fortbestande bestätigt, weil es die nationale Kriegskunst theoretisch und praktisch ausbilden will. — Heute erschienen schon einzelne Zeitungen nicht, und morgen kommt bloß das Constitutionelle Blatt, aber nicht gedruckt, sondern lithographirt heraus, weil sämtliche Seher und Drucker die Arbeit verweigern, da ihnen die Principale nicht 7 Kr. C. M. für 1000 n bewilligen wollen, sondern nur 6 Kr. Offenbar wirkt hier der Einfluß Deutschlands; man sagt, es seien in den letzten Tagen aus Leipzig, Dresden, Frankfurt &c. so viel Seher gekommen und hätten diese Gewaltmaßregeln durchgeführt, da die hiesigen sich jedenfalls mit 6 Kr. begnügt hätten, eine Summe, die auch genügend scheint, da dies 21 Rpf. ausmacht, während in Leipzig 25 Rpf. bezahlt werden, wo bekanntlich Alles um 1/3 theurer ist; früher hat man hier bloß 4 Kr. bezahlt.

— Daß in **Prag** die Deutschen sich den Czechen verbündet haben, wird in Briefen aus Prag vom 21. Mai widersprochen. Der (deutsche) constitutionelle Verein erklärt ausdrücklich, daß nicht von ihm, sondern nur von Einzelnen jene „Versöhnung“ ausgegangen.

Von der böhmischen Grenze, 21. Mai. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir soeben, daß in den Klein'schen Eisenerzabflüssen in Böptau (Olmüher Kreis in Mähren) 300,000 Gewehre für die böhmischen Nationalgardien in Arbeit sind und zwar unter Leitung des prager Büchsenmachers Labeda. Sämtliche Schloffer der Umgegend werden als Büchsenmacher verwendet, damit diese großartige Bestellung in kürzester Zeit fertig werde. (Oesterr. Z.)

Hermannstadt, 13. Mai. Die durch Bisritz gereizten Abgeordneten der 44 Ortschaften des zweiten Walachen-Grenzregiments zu der Versammlung in Blasendorf haben einstimmig erklärt, daß ihre Committenten von einer Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn nichts wissen wollen. Auch Schäßburg, Mediasch und Mühlbach haben sich gegen die Union erklärt. — Der Erdelyi Hirado theilt in seiner Nummer vom 14. Mai das königl. Einberufungsschreiben zu dem am 29. Mai zu eröffnenden Landtag mit. Als königl. Personal wird Anton Puchner, wirklicher geheimer Staatsrath, mit unbeschränkter Vollmacht ernannt. Die königl. Propositionen sind schon im Einberufungsschreiben enthalten und bestehen aus folgenden Punkten: 1) Soll vor allererst im Sinne des 20:1790 die Candidation zur erledigten Kanzlerstelle stattfinden und die Candidaten zur Ernennung unterbreitet werden. 2) Soll die gleichfalls erledigte Präsidentenstelle der königl. Tafel durch Wahl besetzt werden. Erst im 3. Punkte wird von der Union gesprochen. Es soll dabei besonders auf Wahrung der Municipalrechte und Nationalverhältnisse Rücksicht genommen werden. Im 4. Punkte wird von der Erleichterung der Bauern von den Urbarrallasten gehandelt. Entschädigung der Grundbesitzer und schnelles ins Leben Treten der Erleichterungen. 5) Rückfichtlich der allgemeinen Besteuerung sollen Verfügungen getroffen werden. 6) Soll über das Schicksal der in Siebenbürgen wohnenden Walachen, sowol in bürgerlicher als auch in religiöser Beziehung berathen und Sorge getragen werden. 7) Soll über Pressefreiheit und Pressegesetz Berathung gepflogen werden. (W. Z.)

† **Pesth**, 21. Mai. Der Minister des Handels hat ein Verbot der Ausfuhr von Waffen aller Art aus Ungarn und seinen Nebenländern erlassen. Auch der Waffentransport durch Ungarn und seine

Nebenländer für das besondere gend von Pusarenre zurückkehr aus der immer nie an eine Wien, unter den die Minister nach Inns Radicale dislaus der Stimm die französ trachtet in in Wien allgemeine Uebergewicht tarischen aller Entsch hätten die der Pragm der ungar kanntlich Union Sie Die Ber die bisher

— Priv dürfende Landescong von der Minister des Minister des des Cultus Stellvertre

Jürich Sonderbund den theilm Klostergefes heftiger W der Zahl, Stadt Zug eine Volks sich an den Mehnliches den Jesuite doch sollte chen Reibun rath von ein heftiger Verwendung

Aus Land herrf jeder Gelegen rung Luft daß sie von daß sie die mentlich nie und die Bü gerecht, dem zu Gebote Kassen sind nationale Sad erneuernden nicht zu füll den dormali provisorische wendet und auch um G selbst keinen doch soll m vielleicht in Abneigung in der That sardinischen

Nebenländer ist in diesem Verbote mitbegriffen. Die Waffensendungen für das k. k. Militair in den österreichischen Provinzen können nur mit besonderer Erlaubniß des Handelsministers geschehen. — In der Gegend von Szegedin wird ein Lager von 12,000 Mann gebildet. Drei Husarenregimenter werden aus Böhmen und Galizien nach Ungarn zurückkehren. Ueber die Zwecke der Entfernung des kaiserlichen Hofes aus der Residenz Wien ist man hier selbst in den höchsten Kreisen noch immer nicht im Klaren. Anfangs glaubte man selbst im Ministerrath an eine absolutistische Reaction, und ein halbofficielles Gerücht aus Wien, nach welchem die Hofpartei den österreichischen Gesamtstaat unter den Schutz des Kaisers Nikolaus gestellt hätte, erschreckte selbst die Minister so sehr, daß sie augenblicklich einen Kurier an den König nach Innsbruck absandten, um darüber Gewißheit zu erhalten. Im Radicalclub, dessen vorzügliche Leiter, wie Paul v. Njari, Graf Ladislaus Teleki und Andere oft im Ministerrathe selbst mit beratender Stimme sitzen, war auch schon von der Nothwendigkeit die Rede, die französische Hülfe nachzusuchen. Das ministerielle Pesti Hirap betrachtet in seiner jüngsten Nummer die Revolution vom 15. und 16. Mai in Wien vorzüglich als das Werk panslawistischer Umtriebe, indem das allgemeine Stimmrecht den Slawen in Oesterreich ein bedeutendes Uebergewicht auf dem österreichischen Reichstage und in der parlamentarischen Regierung selbst sichern müsse. Es verwahrt sich zugleich mit aller Entschiedenheit gegen die Ansicht und deren Consequenzen, als hätten die österreichischen Provinzen einzeln oder zusammen vermöge der Pragmatischen Sanction irgend ein Recht, über die Umgestaltung der ungarischen Verfassung mitzusprechen. Dieses Recht wurde bekanntlich von den niederösterreichischen Ständen in Bezug auf die Union Siebenbürgens mit Ungarn bereits in Anspruch genommen. — Die Bergwerksarbeiter in Dravicza haben sich geweigert, für die bisherige kaiserl. österreichische Fahne die ungarische anzunehmen.

— Privatbriefe aus **Ugram** bringen die einer Bestätigung sehr bedürftige Nachricht, daß sich in der am 19. Mai dafelbst abgehaltenen Landescongregation folgendes Ministerium gebildet habe, jedoch von der Landescongregation noch nicht bestätigt worden sei: Gaj Minister des Auswärtigen; Djegovich Minister des Innern; Gavrilovich Minister der Finanzen, Stellvertreter Bronicanyi; Petronovich Minister des Cultus, Stellvertreter Kukuljovich; Bukovich Minister der Justiz, Stellvertreter Bukotinovich; Banus (Zellachich) Minister des Kriegs.

Schweiz.

Zürich, 20. Mai. Die Reaction gegen die Wirkungen des Sonderbundskriegs ist in Schwyz und Uri vollständig, in Nidwalden theilweise durchgedrungen. In Luzern soll das Veto gegen das Klostergesetz oft angewendet werden. In Tessin bereitet sich ein heftiger Widerstand gegen die theilweise Aufhebung der Klöster, 22 an der Zahl, und gegen die Sequestrierung ihres Vermögens vor. In der Stadt Lugano, die neun Klöster und bloß 4000 Einwohner hat, wurde eine Volksversammlung gehalten und der Regierung erklärt, man wende sich an den Papst, wenn diese Maßregeln beschloffen werden sollen. Ähnliches geschah in Bellinzona. In Wallis will das Volk die den Jesuiten beigeordneten Marienbrüder nicht wegziehen lassen, und doch sollte die Regierung die Tagsatzungsbeschlüsse vollziehen. Dergleichen Reibungen werden noch öfter vorkommen. — Zwischen dem Staatsrath von Neuenburg und der Bürgerschaft der Hauptstadt hat sich ein heftiger Streit über die Organisation der Gemeinde und über die Verwendung des Bürgerguts erhoben. (S. M.)

Italien.

Aus Oberitalien, 13. Mai. Unter der Bevölkerung von Mailand herrscht seit einiger Zeit eine lebhaftere Unzufriedenheit, die sich bei jeder Gelegenheit durch Demonstrationen gegen die provisorische Regierung Luft zu machen sucht. Man beschuldigt dieselbe unter Anderm, daß sie von Karl Albert erkaufte sei, um an ihn das Land auszuliefern, daß sie die Rüstungen zum Kriege zu säumig betreibe und daß sie namentlich nicht genug Waffen herbeischaffe, um damit die Freiwilligen und die Bürgergarde auszurüsten. Der letzte Vorwurf ist offenbar ungerecht, denn die provisorische Regierung befindet sich hinsichtlich der ihr zu Gebote stehenden finanziellen Mittel in der kläglichsten Lage. Ihre Kassen sind leer und freiwillige Anleihen, Subscriptionen für die nationale Sache, vorausgängige Steuererhebungen sowie die täglich sich erneuernden Berufungen an die Vaterlandsliebe, vermögen dieselben nicht zu füllen. Die Lombarden wollen nichts mehr geben, weil unter den dormaligen Umständen kein Ende der Opfer abzusehen sei. Die provisorische Regierung hat sich bereits an ihre Schwester in Paris gewendet und dieselbe um Waffen und, wie die bösen Zungen behaupten, auch um Geld angegangen. Die Antwort war, man habe an Beidem selbst keinen solchen Ueberfluß, daß man etwas davon entbehren könne, doch soll man den Bittstellern die Aussicht eröffnet haben, daß man vielleicht in ganz kurzer Zeit die Waffen selbst bringen werde. Die Abneigung gegen eine Einverleibung in das sardinische Königreich ist in der That eine allgemeine, weil der Gedanke, daß das Land zu einer sardinischen Provinz herabgedrückt werden soll, den Stolz der Kombar-

den verletzt. Für diese Wunde hat man nun ein Pflaster in dem Versprechen gefunden, daß Mailand die Hauptstadt von Oberitalien und die Residenz Karl Albert's werden solle, wogegen sich aber bereits in Turin entschiedener Widerspruch erhebt. (Krls. Z.)

Mailand. Das Bulletin vom 19. Mai besagt, daß seit dem 18. Mai Nachmittags das Feuer der piemontesischen Artillerie gegen das Fort von Peschiera begann. Karl Albert sei auf einer Anhöhe unweit vom Fort Mandella gegenwärtig gewesen, habe sich da bis halb 7 Uhr aufgehalten und sei alsdann in sein Hauptquartier von Somma Campagna zurückgekehrt. Das Feuer dauert fort. (N. Z. Z.)

— In **Genoa** hat man vorgeschlagen, daß Sardinien gleichfalls seinen Wunsch einer Vereinigung mit der Lombardei zu ausspreche, damit nicht, wenn der Wunsch einseitig von der Lombardei zu geäußert wird, das den Anschein einer Ergebung dieser Länder an das Königreich habe. (N. Z.)

— Den **sardinischen** Kammern ist von der Regierung ein Gesetzentwurf wegen Einverleibung des Herzogthums Piaccenza in das Königreich Sardinien vorgelegt.

— Karl Ludwig von Bourbon, wie die italienischen Blätter ihn nennen, ist am 7. Mai von Civitavecchia auf einem englischen Dampfschiffe nach Marseille abgereist. — Das römische Ministerium hat für gut befunden, sich am 12. Mai durch einen Artikel in der officiellen Zeitung gegen den Vorwurf zu vertheidigen: es sei lau in der italienischen Sache.

Spanien.

Madrid, 19. Mai. Wenn sich die Nachrichten über den Hergang bei der gestern doch erfolgten Abreise des britischen Gesandten Bulwer bestätigen, so würde ein schwerer Differenzpunkt für beide Regierungen vorliegen. Seine Pässe sollen ihm nämlich mit dem Befehle zugegangen sein, binnen 48 Stunden die Hauptstadt zu verlassen. Hr. Dthway ist als Geschäftsträger zurückgelassen worden. Graf Mirasol ist zwar von der spanischen Regierung beauftragt, einem Bruche mit England durch persönliche Eröffnungen vorzubauen; doch ist noch abzuwarten, welcher Art diese sein werden. Der Herald bemerkt darüber, daß nach so vielen dem englischen Gesandten ungünstigen Gerüchten und da er dem beklagenswerthen Zustand in Sevilla nicht fremd sei, die Würde der Regierung und beinahe Hr. Bulwer's eigne Sicherheit zu einem Schritte genöthigt habe, welche vom internationalen Herkommen vorgehoben und sanctionirt werde. Ueberall höre man die größte Entrüstung gegen den englischen Gesandten sich äußern. Hr. Bulwer hat vor seiner Abreise noch eine Note an das spanische Cabinet erlassen.

— Aus **Sevilla** wird gemeldet, daß die beim Aufstande betheiligten ehemaligen Soldaten davon gezogen waren. In San Lucar hatten sie mehrere Häuser geplündert und eine Contribution erpreßt. Ihr Feldgeschrei war die Republik. Die Infantin Herzogin von Montpensier war mit ihrem Gatten im Theater, als der Aufstand ausbrach. Sobald sie das Gewehrfeuer hörten, verließen sie das Haus, übernachteten auf einem Dampfschiffe und begaben sich dann nach Cadix. Den Aufständern sind Truppen nachgeschickt worden. An der Spitze der Bewegung soll ein Offizier Namens Portal gestanden haben, den man als nahen Verwandten einer im Hotel der britischen Botschaft in Madrid genau bekannten Donna bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 24. Mai.

Die Nationalversammlung sollte gestern nach umlaufenden Gerüchten mit einem abermaligen Angriffe bedroht sein. Es waren daher außerhalb sowie im Innern des Palais Bourbon außerordentliche Sicherungsmaßregeln genommen. Der Präsident derselben hatte dem Kriegsminister General Cavaignac am Morgen das Commando deshalb übertragen. Im Hofe standen ein Bataillon Linie und eine Batterie von sechs Kanonen aufmarschirt; im Garten sowie unter der großen Vorhalle waren zwei Bataillone Linientruppen, auf der Brücke zum Concordienplatze ein Bataillon Nationalgarde aufgestellt. In den anstoßenden Straßen sperrten Compagnien der mobilen Nationalgarde den Zugang. Die Ehrenwache der Nationalversammlung wurde von Nationalgardien aus Finistère versehen. Glücklicherweise sind alle diese Vorkehrungen gänzlich umsonst gewesen. Die Galerien der Nationalversammlung waren sehr stark besetzt, namentlich auch von Frauen. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Bastide, beantragte gleich anfangs die Ernennung einer Commission, um die vom nordamerikanischen Congresse eingegangene Gratulationsadresse zu beantworten. General Baraguay d'Hilliers, welchem am 15. Mai der Befehl über die zur Sicherung der Nationalversammlung dienenden Truppen erteilt wurde, legte denselben durch eine Erklärung von der Rednerbühne nieder, weil der Präsident dem Kriegsminister diesen Befehl übertragen habe. Nach einigen herüber und hinüber gepflogenen Erörterungen schien anerkannt, daß der Kriegsminister jedenfalls den Oberbefehl der Armee zu führen habe, und man ging zur Tagesordnung über, nachdem noch

dem General Baraguay d'Hilliers der einhellige Dank der Versammlung votirt worden war. Hr. d'Arçon, welcher die italienischen Angelegenheiten zur Sprache zu bringen hatte, betrat dann die Rednerbühne, erklärte aber zur Ueberraschung der Versammlung, daß er nach den neuesten Berichten aus Wien, der Flucht des Kaisers und den daran sich knüpfenden Vorgängen die ganze Lage der Sachen der Art verändert sehe, daß für jetzt Interpellationen wegen Italien überflüssig erschienen und er deshalb, wenn nicht darauf verzichte, wenigstens der Regierung völlig freie Hand lasse, was sie über Italien mitzutheilen für gut finde. Hr. Wolowski kam dann und sagte, daß die Gründe, welche den vorigen Redner bewogen, auf die Interpellation wegen Italien zu verzichten, ihn nur veranlaßten, um so mehr auf der seinigen wegen Polen zu bestehen. Die neuesten Ereignisse hätten nur der französischen Politik und dem günstigen Veränderungen bewirkt, was an der Weichsel entschieden werden müsse. Hr. Wolowski wiederholte dann in seiner Rede die bekannten Gründe zu Gunsten Polens und läugnete geradezu alle Uneinigkeit unter den Polen selbst. Von Hrn. Bavin wurde darauf eine Erklärung an die deutsche Constituirende Versammlung beantragt, worin diese aufgefordert werden sollte, sich mit Frankreich zur Herstellung Polens zu vereinigen, diese Herstellung aber zu fordern. Hr. Sarrans hielt nur eine gewöhnliche Polenrede, Hr. Guichard wies besonnen darauf hin, daß die Hauptsache in der ganzen Frage von Deutschland abhängt; Napoleon Bonaparte beantragte eine Art motivirter Tagesordnung zu Gunsten Polens. Dann nahm Hr. Lamartine das Wort: Nicht erst auf die Bittschriften, auf die Interpellationen hätten sie gewartet, um sich mit Polen zu beschäftigen. Im Stadthause schon hätten sie das gethan, hätten frisch decretirt, daß eine polnische Legion gebildet werden solle. Weshalb dieses Decret nicht zur Ausführung gekommen, wolle er nicht aussprechen. Ueber seine Lippen solle nichts kommen zur Vermehrung des Unglücks eines Volkes, das sie trösten und nicht brandmarken wollten. (Bewegung in der Versammlung.) Die Grundgedanken der Regierung seien gewesen, daß die Republik Niemand Krieg erklären wolle; daß sie ihn annehme, wenn man dem französischen Volke Kriegsfragen stelle, verstehe sich von selbst. Die Verträge von 1815 beständen zwar nicht mehr zu Recht in den Augen der Republik; allein die Gebietsabgrenzungen seien thatsächliche Verhältnisse, die sie als Basis ihrer Beziehungen zu andern Nationen annehme. Die Republik habe dann zu zeigen, daß ihre Emancipirung von den Verträgen von 1815 mit der Ruhe der Welt verträglich sei. Ueber Italien sei es besser, Manches ungesagt zu lassen, was die Ereignisse aussprechen würden. Eine Verleumdung aber sei, wenn man vom geringsten Einverständnis des Ministers der Republik mit Oesterreich gegen Italien gesprochen habe. Die frühere Regierung habe allerdings eine ähnliche Politik gegen Italien verfolgt; sie sei aus ihren Zwecken hervorgegangen. Hr. Lamartine belegte dann mit Depeschen aus Turin, mit schriftlichen Mittheilungen der Abgesandten der Lombardei und Venedigs, daß das nationale Gefühl dort jede französische Intervention ablehne; nur wenn der Ruf danach erschalle, werde Frankreich sich bewegen. In keinem Falle aber dürfe Italien wieder unter das Joch gerathen, dem es sich so rühmlich entzogen habe. Rücksichtlich Polens hätten sie sich nicht verborgen, daß hier die hauptsächlichste Schwierigkeit der französischen Politik sich befinde; diese Frage hätte sie als die schwierigste von Europa behandelt. Hr. Lamartine verlas hier Instructionen, welche in den ersten Tagen der Republik an die französischen Agenten an den nordischen Höfen ergangen seien, die Zeitungen theilen jedoch nichts von diesen Instructionen mit. In Wien habe man bestimmt erklären lassen, Frankreich werde nie die Frage von der Unabhängigkeit Polens fallen lassen; ebenso in Berlin. Preußen habe seine Zusagen wegen Posen getreulich gehalten, habe den zur Herstellung Polens aus Frankreich kommenden polnischen Colonnen den Durchzug geöffnet. Leider habe bald nachher in Posen Nationalhaß zu einer Verwirrung geführt, die nur durch bewaffnete Dazwischenkunft beendet werden konnte. Die von Posen aus der Politik der Republik wie Preußen gemachten Vorwürfe seien gleich unbegründet. Ueber Galizien sei bei der Schwierigkeit, genaue Auskunft zu erlangen, nichts Bestimmtes zu sagen. In wenigen Monaten vielleicht werde mit dem Zerfallen der österreichischen Macht sich Vieles von selbst geben. Wenn man jetzt Posen und Galizien freigebe, würden sie eine Beute Rußlands sein. Die größte Thorheit würde gewesen sein, am Tage nach Proclamation der Republik eine Armee nach Deutschland zu werfen, um Polen zu befreien. Aber man habe auch keine Armee gehabt; 138,000 M. seien die ganze disponible Macht gewesen. Bald werde man über 500,000 M. gebieten können. Die Herstellung Polens sei die Politik der französischen Republik; allein sie müsse durch die bewirkte Ueberzeugung der großen Mächte geschehen, daß jene Herstellung Pflicht sei. Der Sieg sei heutiges Tages nicht mehr auf Seiten des Starken, sondern auf Seiten des Rechts. Die an die Versammlung in Frankfurt zu bewirkende Erklärung wünsche er nicht bloß für Polen, sondern auch für Deutschland erlassen zu sehen. Hierauf wurden eine Menge Anträge auf motivirte Tagesordnung eingereicht, die alle einem Vertrauens-

votum für die Regierung gleich kamen und die Sache für jetzt beruhigen wollten. Hr. Taschereau trug endlich darauf an, diese Anträge alle an die Abtheilung für auswärtige Angelegenheiten zu verweisen, was angenommen wurde, sodas also die Interpellation noch nicht zum formellen Abschlusse gekommen ist. Zu bemerken ist noch, daß Hr. Lamartine im Laufe seiner Rede auch auf das entschiedenste allen Antheil an den vom französischen Gebiet aus nach Belgien und Savoyen geschehenen bewaffneten Einfällen, sowie an den bewaffneten Aufständen in Baden abwies. Er legte das offene Geständniß ab, daß die Regierung damals weder die Zeit noch die Mittel besaß, denselben entgegenzutreten.

— Der nordamerikanische Gesandte Richard Rush hat der französischen Regierung in feierlicher Audienz die vom Senat und Repräsentantenhaufe des 30. Congresses der Vereinigten Staaten im Namen derselben votirte Gratulationsadresse zur Begründung der Republik überreicht. Das Actenstück ist vom Sprecher des Repräsentantenhauses, vom Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten als Senatsvorsitzenden und vom Präsidenten Polk unterzeichnet.

— Der von einem Journal des Norddepartements und der hiesigen Reform behauptete Sequester der Nordbahn hat sich noch nicht bekräftigt.

— Der Constitutionnel tritt in die Fußstapfen der Débats und spricht auf das heftigste gegen die Expropriation der Eisenbahnen. Er erklärt dieselbe für eine Zerstörung der Associationsfreiheit des Capitals und für den ersten Schritt zum Communismus.

— Das Journal des Débats schreibt, es habe der Telegraph aus **Toulon** gemeldet, die bewaffnete Macht sei nach einem harten Kampfe wieder im Besitze des Arsenal's, und die Arbeiter, welche sich desselben bemächtigt hatten, seien zum Gehorsam zurückgekehrt. Aus **Lyon** wird unterm 22. Mai von der glücklich ausgeführten Entwaffnung und Auflösung einer ähnlichen Freischar wie die des Berges in Paris gemeldet, berichtet. Sie hieß die **Boraces** (die Gefährlichen) und gab noch in den letzten Tagen zu höchst bedauerlichen Auftritten Anlaß. In der Präfectur, wo sie die Wache hatten, kündigte ihnen der Oberst der mobilen Nationalgarde an der Spitze einer starken Abtheilung seiner Leute an, daß sie sofort sich aufzulösen hätten. Die Boraces marschirten hierauf ab, jedoch nach dem Stadthause, das auch von ihnen besetzt war. Dort war aber die Auflösung bereits geschehen. Sie zogen nun sämmtlich nach dem Croix-Rouffe genannten Stadttheile, schickten Leute aus, um eine Masse Volk zusammenzubringen und wollten in der Nacht den Stadttheil verbarricadiren. Dabei stießen sie jedoch auf den Widerstand der dort wohnenden Arbeiter, und wenn man auch noch ohne Besorgniß ist, scheint doch die öffentliche Ordnung keine ernste Gefahr zu laufen. In **Lille** haben ebenfalls mehrtägige Ruhestörungen stattgefunden, sind aber jetzt völlig beseitigt.

— H. Heine gibt in der Allgemeinen Zeitung an, die von ihm aus den französischen geheimen Fonds bezogene Pension sei eine reine Unterstützung, die er in Anspruch genommen, als der Bundestag seine Schriften verboten. Sie sei auf den Pensionsfonds der auswärtigen Angelegenheiten angewiesen worden, weil die andern Klassen damals zu belastet gewesen, vielleicht auch um deutschen Reclamationen auszuweichen. Hr. Guizot habe nie den geringsten Dienst dafür verlangt. Als Heine ihm für die Fortbezahlung der Pension im November 1840 dankte, das erste und letzte Mal, daß er ihn gesprochen, sagte Hr. Guizot: „Ich bin nicht der Mann, der einem deutschen Dichter, der in der Verbannung lebt, sein Stück Brot verweigern könnte.“

Großbritannien.

London, 23. Mai.

Der Earl of Ellenborough lenkte im Oberhause gestern die Aufmerksamkeit auf die Zunahme der öffentlichen Ausgaben während einer Zeit, wo bei dem gedrückten Zustande des einheimischen und auswärtigen Handels die strengste Sparsamkeit mehr als je nothwendig gewesen wäre. Die vermischten Ausgaben seien von 2,332,638 Pf. Sterl. im Jahr 1833 auf 3,659,800 Pf. Sterl. im Jahr 1847 gestiegen. Er führte noch mehrere Beispiele des steigenden Aufwandes an und forderte die Regierung dringend auf, von jeder nicht unbedingt nöthigen Ausgabe abzusehen. Der Geheimrathspräsident Marquis of Lansdowne erwiderte, daß er auf alle einzelnen Angaben des edlen Lords nicht eingehen, sondern im Allgemeinen bemerken wolle, daß weder Regierung noch Parlament Mittel besäßen, den Bedürfnissen einer fortwährend steigenden Bevölkerung ohne vermehrten öffentlichen Aufwand Genüge zu leisten. Ubrigens könne er versichern, daß größte Sparsamkeit zu beobachten der Regierung beständiger Gedanke sei. — Im Unterhause wurde die Comiteberathung der Gesundheitspolizeibill fortgesetzt.

— Das Morning Chronicle schreibt über den der Nationalversammlung in **Paris** vorgelegten Entwurf zur Expropriation der französischen Eisenbahnen, daß es im Interesse der Ehre der französischen Nation sehr zu beklagen sei, daß ein solcher Vorschlag gemacht worden. Die eng-

lischen J
und Ma
theiligt,
der aus
werde.
bahnen h
und wolle
den. Ma

— Au
Mitchell
hat. Ser
tragen.
Reilly, w
mation de
Versamm

— Der
das, Vic
nienschiffe

— Ber
bringen n
zer Kennen
Werthe g
jährlich
Auffhöre
England
dernde S
verei getre
zungen un
machen.
Vor Gma
140 Mill.
Aufhebung
auf 20 M
Mill. Pf.
loshaltung

— Bom
ralgouvern
welche zur
illuminirt
ihn vortre
einwärts

— Aus
ruhig war
Hongkong
landete. G
von Schan
wagte, wu
zwungen.

— Die
während fr
dien. D
Cotton, ha
den Offizie
und gänzli
vorgehalten
werden mel
Lagore un
Babu Twa
storden, na
regiert hatt
tarah mit

— Der
daß man i
werde frühe
men. Der
lich den ge
Flotte am

— Der g
head, ist

Brüss
Brüssel ang
war ihm bis
kurier ist
an den spa
Stelle Lond

Köpen
dem dänisch
klärt, daß e

lischen Inhaber von Actien an französischen Bahnen hätten auf Treu und Glauben der französischen Regierung in der Ueberzeugung sich theiligt, daß ihnen die Dauer der Gesellschaften von 99 Jahren und der aus ihrem angelegten Capital zu ziehende Gewinn gesichert sein werde. Ohne das englische Geld würde man keine französische Eisenbahnen haben unternehmen können, und doch komme jetzt die Regierung und wolle sie der vor wenig Jahren feierlich verbürgten Rechte berauben. Man könne das nicht anders nennen als Raub.

— Aus **Dublin** wird berichtet, daß die große Jury die gegen Hrn. Mitchell erhobene Anklage des Verraths für rechtsbeständig anerkannt hat. Sein Anwalt will jedoch wegen Formfehler auf Cassation antragen. Es war ein Unterredacteur des United Irishman, Hr. Dewin Keilly, wegen aufrührerischer Artikel verhaftet worden. Eine Proclamation der Conföderirten suchte das geschehene Verbot der Umzüge und Versammlungen derselben im Freien als ungesetzlich darzustellen.

— Der neue Befehlshaber der britischen Station auf den Bermudas, Viceadmiral Carl of Dundonald (Cochrane) ist mit dem Linienschiffe Wellesley am 3. Mai zu Bermuda angelangt.

— Berichte aus Westindien von Ende April und Anfang Mai bringen noch keine Besserung der dortigen Verhältnisse, und die Pflanzer kennen kein Ende ihrer Klagen. Der Grund und Boden ist so im Werthe gesunken, daß Pflanzungen auf Jamaica, welche 17,000 Pf. St. jährlich eintrugen, jetzt um 1200 Pf. St. verkauft worden sind. Das Aufhören der durch die Zölle früher privilegirten Zuckerlieferungen nach England zu Prämienpreisen und das eine intelligenteren Verwaltung fördernde System der freien Arbeit, was an die Stelle der frühern Sklaverei getreten, hat diese Folgen. Die Pflanzer halten eifrig Versammlungen und wollen das Mutterland für ihre Nachtheile verantwortlich machen. Unter Anderm ist folgende Berechnung aufgestellt worden: Vor Emancipation der Sklaven war der Grundbesitz in Westindien 140 Mill. Pf. St. werth, davon abgerechnet die als Entschädigung bei Aufhebung der Sklaverei empfangenen 20 Mill. und den gegenwärtigen auf 20 Mill. verminderten Werth des Grund und Bodens, bleiben 100 Mill. Pf. St., auf welche die westindischen Grundeigentümer als Schadenshaltung Ansprüche machen.

— Vom **Cap** sind Nachrichten bis 25. März eingegangen. Der Generalgouverneur, General Sir Harry Smith, war in der Capstadt, welche zur Feier der glücklichen Beendigung des Kaffernkriegs zwei Mal illuminirt worden war. Er hatte zu Lande Natal besucht, wo die Boers ihn vortrefflich aufnahmen und viele die Absicht aufgaben, tiefer landeinwärts zu ziehen.

— Aus **Hongkong** wird vom 29. März gemeldet, daß es in Kanton ruhig war und der Nachfolger des abgerufenen englischen Statthalters von Hongkong Sir John Davies, Hr. Bonham, zu Hongkong am 20. März landete. Eine Gesellschaft englischer Missionaire, die sich anfangs März von Schanghai in die 27 Miles landeinwärts gelegene Stadt Tsing wachte, wurde von den Einwohnern mishandelt und zur Umkehr gezwungen.

— Die Ueberlandpost vom 15. April aus **Bombay** bringt fortwährend friedliche und politisch nicht wichtige Nachrichten aus Ostindien. Der neue Oberbefehlshaber der Truppen, Sir Willoughby Cotton, hatte eine veraltete Ordre von 1822 wieder aufgefrischt, welche den Offizieren verbietet, an Zeitungen mitzuarbeiten. Das Absurde und gänzlich ungeeignete dieses Schrittes wird ihm in allen Blättern vorgehalten. Die Handelsnachrichten sind immer noch ungünstig. Es werden mehre ansehnliche Fallimente, aus Kalkutta auch das von Carr Tagore und Comp. gemeldet, dessen hauptsächlichster Theilhaber der Babu Twarakanath Tagore war. Der Nadshah von Sattara war gestorben, nachdem er seit der Absetzung seines Bruders im Jahre 1839 regiert hatte. Da er keine Erben hinterläßt, fällt das Gebiet von Sattarah mit 150,000 Pf. St. ganz an England.

— Der **Times** wird vom 14. Mai aus **Kopenhagen** geschrieben, daß man in Folge der Besetzung von Jütland erwarte, Rußland werde früherer Versicherung nach daraus zum Bruche mit Preußen kommen. Der Großfürst Konstantin befinde sich in Stockholm, um angeblich den gemeinsamen Feldzugsplan zu verabreden, indem die russische Flotte am 5. Mai schon zum Auslaufen bereit gewesen sei.

— Der gewesene britische Gesandte in Mexico, Hr. Charles Bant head, ist in Southampton eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, 24. Mai. Der Prinz von Preußen ist heute in Brüssel angekommen. Der General Craykemburg, Adjutant des Königs, war ihm bis Ostende entgegen gereist. — Ein spanischer Cabinetsekretär ist gestern durch Brüssel nach London gereist, mit dem Befehl an den spanischen Gesandten, seine Pässe zu verlangen, um auf der Stelle London zu verlassen. (Köln. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Mai. Nach Fädrelandet hat König Oscar dem dänischen außerordentlichen Botschafter, Generalmajor Orholm, erklärt, daß es seine Absicht sei, ein schwedisches Armeecorps nach

Dänemark zu senden, damit es mit der dänischen Armee operire, und daß er seine Kriegsschiffe, sobald sie vollständig ausgerüstet wären, auslaufen lassen werde, damit sie ihre Flagge an der Seite des Dannebrog zeigten. Demselben Berichte zufolge soll, nachdem die schwedischen Reichsstände die begehrten 2 Mill. bewilligt haben, ein Tractat zwischen Schweden und Dänemark abgeschlossen sein. Das gedachte Blatt macht aber zugleich auf die starke Friedenspartei in Schweden aufmerksam, der es sehr unlieb wäre, sich in Krieg verwickelt zu sehen. Nach der Dersundpost soll das schwedische Hülfscorps aus 26 Escadronen und 22 Bataillonen, außer 3 Batterien reitender Artillerie bestehen.

— Aus **Kopenhagen** vom 21. Mai wird einem lübecker Blatte geschrieben: Die wahrscheinlichste Deutung dortiger Friedens- und hiesiger Kriegsnachrichten ist wol, daß Deutschland gern die Schleswig-holsteinische Frage abgemacht sehen möchte, während man nur mit uns zu thun hat, ehe die sonstigen deutschen Grenzen noch mehr bedroht werden; während wir hier einsehen, daß dies eben für uns ein Grund werden muß, auszuharren, bis wir durch den jetzt gewissen Beistand des übrigen Nordens (?) einen ehrenvollen Frieden erlangen können. So würde denn auch irgend eine Abweichung unfer Ministeriums von seinen bisherigen Grundsätzen oder irgend eine Nachgiebigkeit dem Feinde gegenüber hier die größte Misbilligung finden, und so deutet hier auch noch Alles nur auf fernere Rüstungen zu Land und zu Wasser und baldige Abholung schwedischer und norwegischer Truppen durch hier mit Embargo belegte deutsche Schiffe über 15 Lasten, während die beiden ersten norwegischen Kriegsschiffe vorgestern im Sund anlangten. Während so der Kampf nur noch ernster zu werden scheint, hat es ja fast allenthalben den Anschein, daß man am besten thut, sich nicht mit Friedenshoffnungen zu täuschen.

— Ein Schreiben aus **Kopenhagen** vom 21. Mai in den Wöchentlichen Gemeinnützigen Nachrichten meldet über die gefangenen Deutschen Folgendes: Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen über den Gesundheitszustand der hier gefangenen Deutschen und ihre jetzige Behandlung berichten, daß der Gesundheitszustand auf dem Schiffe Dronning Maria noch vollkommen gut ist, daß den Gefangenen jetzt nicht nur erlaubt ist, zu rauchen und sich durch Fechtübungen Bewegung zu verschaffen, sondern, daß sie auch jeden zweiten Tag nach der nahen Batterie Quintus geführt werden, wo es ihnen gestattet ist, während drei Stunden auf den Wällen und im Grünen sich aufzuhalten. Jetzt wird auch ein Floß für sie eingerichtet, um Seebäder nehmen zu können. Ein hier ansässiger bekannter praktischer Arzt, Dr. S. Lehmann, ist zum Oberarzt der Gefangenschiffe ernannt und besucht diese täglich. Unter seiner Aufsicht stehen Unterärzte, die er zum Theil aus der Mitte der Gefangenen selbst gewählt hat und welche aufs strengste Alles am Bord, auch namentlich die Lebensmittel und deren Güte, controliren und dem Oberarzte darüber berichten müssen. Auch ist festgesetzt worden, daß bei schweren Erkrankungen die Patienten nach dem nahen Hospitale in der Stadt selbst gebracht werden dürfen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 19. Mai. Aus Helsingborg wird berichtet, daß die von Schweden zur Hülf Dänemarks ausgerüsteten schwedischen Heerschaufen bis zum 28. Mai im Stande sein werden, in Malmö und Landskrona eingeschifft zu werden. Wer den Oberbefehl erhalten wird, ist noch nicht bekannt. Nächsten Montag sollen schon die Gardebataillone auf den Dampfbooten Gylf und Thor eingeschifft werden.

Rußland und Polen.

Es steht die Publicirung des neuen russischen Zolltarifs, der sehr wesentliche Milderungen und Erleichterungen enthalten wird, in naher Aussicht. (Berl. Z.)

Moldau und Walachei.

Galacz, 11. Mai. Politisch ist hier Alles ruhig. Einige Handel zwischen den Bojaren und dem Fürsten sind in Jassy beseitigt und hatten nichts auf sich. Dagegen verbreitet sich immer mehr die Nachricht, daß die Russen einrücken werden, um die Fürstenthümer zu besetzen. Factisch ist, daß sie circa vier Meilen von hier über den Pruth eine Brücke geschlagen haben und daß die nahe Grenze von den Russen ganz besetzt ist. Gestern schrieb man von Odessa, daß 16,000 Mann, für die Moldau bestimmt, dort abmarschirt seien. — Seit circa 14 Tagen ist hier und in Braila die Cholera ausgebrochen. (B.-Z.)

Bereinigte Staaten von Nordamerika.

In Liverpool sind zwei Dampfsschiffe aus **Newyork** vom 10. Mai zugleich eingetroffen. Bei ihrer Abfahrt war die telegraphische Nachricht eingegangen, daß ein Theil von Detroit, Hauptstadt von Michigan, abgebrannt ist. Aus Washington hörte man, daß dem Congresse eine Bill vorgelegt war, welche die Autorisation zur Besetzung des von den Indianern verheerten Yucatan beantragt. Eine andere verlangt die Vollmacht zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Canada, um die Handelsbeziehungen nach dieser Seite zu erweitern. Mit der größten Spannung erwartete man die Nachrichten über die Entwicklung der Dinge in Europa. Die Versendung von Baumwolle nach England

hatte in der letzten Zeit zugenommen. Sie betrug im April durchschnittlich 50,000 Ballen die Woche. Der Handel mit Frankreich befand sich in der vollständigsten Stockung.

Mejico.

Aus Veracruz sind Nachrichten vom 22. April in England eingegangen. Santa Anna war mit einer spanischen Brigg nach Jamaica abgereist, von wo jedoch die Nachricht seiner Ankunft noch fehlt. Paredes befand sich in San Luis. Der Provinzialcongrès von Veracruz sollte am 30. April zusammentreten. Zu Ehren der französischen Revolution hatte am 16. April ein großes Fest stattgefunden. In Mejico hatte der General Herrera 150,000 unter 160,000 Stimmen für die Präsidentschaft erhalten. Alle Nachrichten über die Aussichten wegen Ratifizierung des Friedens mit den Vereinigten Staaten behalten die bisherige Unsicherheit. In Queretaro war noch immer nicht die beschlussfähige Anzahl von Congressmitgliedern beisammen. Aus Yucatan wird von der fortgesetzten Verteilung der Weißen durch die Eingeborenen berichtet. Die Behörden hatten sich um Hilfe an die spanischen, britischen und nordamerikanischen Autoritäten in Cuba gewendet. Da ihnen jedoch zunächst nur bewaffnete Macht helfen kann und diese verfügbar nicht in der Nähe war, so wird inzwischen noch mancher Spanier der Rache der Indianer verfallen.

Verhandlungen der I. sächsischen Stände.

† Dresden, 26. Mai. (Schluß der Berathung des Adressentwurfs.) Der nun folgende Paragraph *) bildete den Hauptgegenstand der ganzen Sitzung und den Kern der Debatte, denn mit ihm trat eine wichtige Principfrage, die Frage des Zweikammersystems, in den Bereich der Berathung ein. Der Referent wiederholte nach Vorlesung dieses Satzes seine Eingangs der Discussion bereits gegebene Erklärung, daß die Deputation beabsichtigt habe, hierin keinen Antrag, sondern nur einen Wunsch an die Staatsregierung zu bringen. Staatsminister Oberländer erklärte jedoch diese Erläuterung für ungenügend; die Fassung sei so prägnant, daß die Regierung es für Pflicht halte, ihre Ansichten sofort über diesen Gegenstand auszusprechen. Vor Allem würden die Minister fest an dem Grundsatz halten, daß sie nur so lange auf ihren Plätzen bleiben könnten, als sie die Mehrheit der Vertreter des Volks für ihr Wirken hätten. Ihre Ansicht gehe dahin, eine wahrhaft parlamentarische Regierung zu bilden, wo der gesetzmäßig ausgesprochene Wille des Volks maßgebend sein solle, so zu sagen eine wahrhaftige Nationalvertretung, ohne daß dadurch der Würde und Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes zu nahe getreten werde. Ob ein Regierungssystem in diesem Sinne Änderungen in der Verfassung nöthig machen werde, müsse in sehr reifliche Erwägung gezogen und dürfe nicht in der Eile beschloffen werden; er glaube, sei nur das System gut, so käme es weniger auf die Form an. Jedenfalls aber halte auch er für nothwendig, daß die Kammern das Recht der Initiative in der Gesetzgebung mit der Regierung theilen. Im Allgemeinen müsse er sich für das Zweikammersystem aussprechen, denn die doppelte Berathung gewähre unbestritten eine größere Garantie für die Gründlichkeit derselben. Indessen dürfte auch hier das neue deutsche Reichsgrundgesetz von Frankfurt abzuwarten sein, da dieses für das Fortbestehen oder Aufhören mehr oder weniger maßgebend sein müsse. Das könne er aber noch versichern, daß, wenn das Zweikammersystem in Sachsen fortbestehen sollte, künftighin in der ersten Kammer nicht mehr allein das aristokratische Princip vertreten, nicht mehr das aristokratische Sonderinteresse vorherrschend sein werde. Die Adresse der ersten Kammer lasse übrigens in dieser Beziehung getrost in die Zukunft sehen. In unserer Zeit, wo es wol geschehe, daß die, welche heute für die Entschiedensten gelten, morgen nicht mehr als entschieden genug angesehen werden, sei es Pflicht der Regierung, einen entschiedenen Standpunkt festzuhalten, damit man wisse, wie man mit ihr daran sei; in dieser Beziehung erkläre er, daß (hinsichtlich der politischen Verwaltungsgrundsätze im Allgemeinen) sein Standpunkt der sei: nicht weiter hinaus, aber auch nicht weiter herunter; für diesen Standpunkt werde er seinen letzten Blutstropfen einsetzen, mit ihm werde er stehen, mit ihm werde er fallen.

Hierauf vertheidigte der Abg. v. d. Planitz die von ihm vorgeschlagene Fassung **). Er habe in der Deputation so viel wie möglich seine

*) Vor Allem erblickt die Kammer eine sichere Garantie der Volksthumlichkeit der Staatsregierung darin, daß den Ständen mit einem Entwurfe über Aufhebung des Zweikammersystems und über Beseitigung derjenigen Bestimmung in der Verfassungsurkunde, welche die Wirksamkeit der Kammer bei Fortbildung der Verfassung hemmt, entgegengekommen werde.

***) Wir glauben aber auch, Ew. Maj. nicht verhehlen zu dürfen, daß das Fortbestehen der ersten Kammer in ihrer dermaligen Zusammensetzung nicht mehr zeitgemäß erscheint, und hoffen daher, daß Ew. königl. Maj. Regierung auch in Betreff der Reform dieser Kammer, ohne erst einen verfassungsmäßig gestellten Antrag der Stände abzuwarten, den getreuen Ständen eine dem Geiste der Neuzeit entsprechende Vorlage zugehen lassen werde.

Ansicht der Majorität untergeordnet, um Einheit zu erzielen, dem von der Deputation beliebten Satze aber nicht beitreten können, da er gegen seine Ueberzeugung sei. Einmal müsse es höchst bedenklich erscheinen, eine so wichtige Frage, die so tief in den Staatsorganismus eingreife, so nebenbei abzuhandeln, um so mehr als gar keine Nothwendigkeit vorliege, die Kammer so zu dieser Berathung zu drängen, und dann müsse er sich aus dem Grunde gegen den Antrag der Majorität erklären, weil das Zweikammersystem dem Einkammersystem vorzuziehen sei. Vielfach sei die hier angeregte Frage von den Männern der Wissenschaft in Berathung gezogen worden, und die Mehrzahl habe sich für das Zweikammersystem entschieden; Alle, die die Verfassung Englands studirt, würden sich für dieses System entscheiden. Nachdem der Sprecher durch einen Vortrag aus dem Staatslexikon von Rotteck und Welcker (Bd. 15, S. 81: „Die Regierung soll vor allem — hat in England bald überwunden“) seine Ansicht unterstützt hat, hebt er noch als Hauptvorteile des Zweikammersystems hervor, daß es weniger Einseitigkeit, weniger Leidenschaftlichkeit und weniger Uebereilung in den Berathungen fürchten lasse. Einen Beleg für seine Zweckmäßigkeit könne man schon darin finden, daß es weit mehr Anwendung gefunden habe als das Einkammersystem. Fast in allen Staaten Deutschlands, Kurhessen ausgenommen, sei es eingeführt; selbst in Baden, wo der Liberalismus in höchster Blüte stehe, wo man sogar eine Schildehebung für die Republik versucht habe, sei ein Antrag auf Aufhebung des Zweikammersystems noch nicht vorgekommen; in Frankreich habe es ebenfalls bestanden, und die Pairskammer sei dort öfters der Schutz der Freiheit gewesen; in Nordamerika bestehe es und die Schweiz gehe ebenfalls damit um, es einzuführen. Fasse man dies Alles zusammen, so stehe so viel wol fest, daß man sich hier vor Uebereilung zu hüten habe. Es sei allerdings wahr, die erste Kammer habe beim Volke keine große Popularität genossen; aber er glaube, daß die Volkswünsche hier auch durch eine Abänderung in der Form befriedigt werden würden; wenn nach dem neuen Wahlgeseze die Vertretung nach Ständen aufhören und die erste Kammer aufgehoben würde, wo sollte dann der Grundbesitz vertreten werden? Jedenfalls sei gegenwärtig nicht der Moment zur Entscheidung dieser wichtigen Frage, und nach seiner Ansicht müsse man unbedingt die Beschlüsse der Constituirenden Versammlung in Frankfurt über die Verfassung Deutschlands abwarten; auch sei es Zeit, bei Berathung des Wahlgesezes auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Der Referent, Abg. Tschirner, spricht hierauf für den Deputationsentwurf, und hebt besonders hervor, daß bei Berathung des Wahlgesezes von den Ständen kein Antrag auf Aufhebung des Zweikammersystems gestellt werden könne, da nach §. 105 der Verfassungsurkunde ein solcher Antrag nur erst an die Regierung gebracht werden könne, wenn er vorher auf zwei ordentlichen Landtagen nach einander berathen worden sei; um diese Formalitäten zu beseitigen, wolle man es eben hier aussprechen. Was die Verfassungen anderer Länder mit dem Zweikammersystem, die der vorige Sprecher angeführt, anlange, so habe man damals, als z. B. die Verfassung von Nordamerika entworfen worden, noch lange nicht auf der Stufe der Bildung gestanden, auf der wir jetzt stünden, sei sich überhaupt über diese Frage noch nicht so klar gewesen wie jetzt. Daß der Grundbesitz durch die erste Kammer vertreten werde, könne er im Allgemeinen nicht zugeben, nur die Rittergüter seien es; auf diese Weise dürfte sogar, da das neue Wahlgeseze die Vertretung nach Ständen aufhebt, der bäuerliche Grundbesitz eher gefährdet sein, und es sei die Möglichkeit gegeben, daß auf dem nächsten Landtage kein einziger Bauer mehr hier gesehen werde. Beim Einkammersystem sei in der Vertretung der Nationalwille ausgeprägt, das sei unmöglich, wo Elemente durch ihre Geburt zur Vertretung berechtigt würden; eine Volksvertretung zu schaffen sei der Zweck, den die Deputation durch Bevormundung des Einkammersystems sich vorgesetzt habe; die erste Kammer sei jetzt noch eine Feudalkammer. Was die Einwendung betreffe, daß man die Beschlüsse der Constituirenden Versammlung abwarten müsse, so wolle er hier unerörtert lassen, ob eine Majorität, wie sie sich in Frankfurt zu bilden scheine, noch als der Ausdruck des Volkswillens betrachtet werden könne. Auch müsse er nochmals wiederholen, daß es sich nicht um einen positiven Antrag handle, sondern nur um einen Wunsch, den man der Staatsregierung zur Erwägung anheimgebe.

Staatsminister Dr. Braun erklärte, daß, wenn der Zweck des Paragraphen der sei, die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Frage zu lenken, derselbe vollständig erreicht sei; er könne im Namen der Regierung versichern, daß diese Frage von derselben schon in reifliche Erwägung gezogen, die Regierung aber auch fest entschlossen sei, in ihrer Erwägung fortzufahren und dem nächsten ordentlichen Landtage eine Vorlage darüber zu machen. Daß diese Vorlage bis jetzt noch nicht gemacht worden, finde theils darin seinen Grund, daß die Regierung diese Frage für zu wichtig halte, um sie nicht der sorgfältigsten Prüfung zu unterstellen, theils weil der Aufhebung der ersten Kammer erst die Auflösung bestehender Staatsverträge vorangehen müsse, die nicht sofort beseitigt werden könnten; ferner werde und müsse — was man

auch bagegen warten sein, weil die Kammer heimgeben mentretentationsbedenken er betrachte, und darüber noch dafür stime. Empfehlung enthalte er von dieser dem man hin ändern. Naukisch stem Recht, daß die Re daher gegen spricht sein geführt, u schäftsgang als entsch machen. C stigem We wenn jeder erste Kam richtungen das Vertra Secre und die C gehöre, di rung in de Auch verste die zweite Grund da Kammer v sei man fe so leicht a tigkeit der sei ein Pri tretung, so Factoren se blicken schle ten Factor worden. Er frage für d Paragraph bei Berathu des Einkar Stände hi Staatsregie stützung. I Einkammer wenn man Staatslaste Zweikamme einzunehme zu bemerk Regierung ebenfalls g eine warme größer der nütziger kö abhängigen Richt Alle, das wahre seinen Hau zu ändern f mer kann n drücken, da der Deputa Hierau kam in eine ausgesproch eine wesentl wie der S Das Minist gehört, es werde ihm

auch dagegen sagen möge — das Reichsparlament maßgebende Bestimmungen über die Volksvertretung bringen, diese würden daher abzuwarten sein, und endlich sei auch eine Vorlage deshalb nicht erfolgt, weil die Regierung zunächst der Kammer die Entscheidung darüber anheimgeben zu müssen glaubte, die nach dem neuen Wahlgesetze zusammenzutreten werde. Auch der Abg. Haase spricht sich gegen den Deputationsbeschluss aus; schon aus formellen Gründen müsse er dies thun; er betrachte die vorliegende Frage als eine der wichtigsten Staatsfragen, und als eine solche, von der man sagen könne, daß die Acten darüber noch nicht geschlossen seien, und könne daher um so weniger dafür stimmen, daß sie hier ohne alle motivirte Unterlage, auf bloße Empfehlung hin, abgehandelt werde. Sowie der Satz jetzt gefaßt sei, enthalte er ein Misstrauensvotum gegen die Regierung; man verlange von dieser „Garantien;“ diese verlange man aber nur von Jemand, dem man nicht traue. Man möge also den Eingang des Satzes dahin ändern, daß er als ein Wunsch der Kammer erscheine. Der Abg. Maukisch sprach in demselben Sinne. Die Regierung genieße mit vollem Rechte das Vertrauen des Volks, kein Patriot könne wünschen, daß die Regierung in ihrer Existenz gefährdet werde, und er spreche sich daher gegen diesen Abschnitt des Entwurfes aus. Der Abg. Kaiser spricht seine Uebereinstimmung mit Dem aus, was der Referent ausgeführt, und der Abg. Wehner sucht besonders den verwickelten Geschäftsgang und die dadurch herbeigeführte Kostspieligkeit der Landtage als entscheidende Momente gegen das Zweikammersystem geltend zu machen. Gründlichkeit müsse nicht auf mechanischem, sondern auf geistigem Wege zu erreichen gesucht werden, und würde erreicht werden, wenn jeder Abgeordnete die nöthige politische Bildung mitbrächte. Die erste Kammer sei bis jetzt nur der Entwicklung volksthümlicher Einrichtungen entgegengetreten, deshalb könne sie auch nicht die Liebe und das Vertrauen des Volks besitzen.

Secretair Siegel erklärte sich besonders gegen das Separatgutachten und die Gründe des Abg. v. d. Planitz. Obwohl er nicht zu Denen gehöre, die Alles überstürzen wollten, so halte er eine bloße Abänderung in der Einrichtung der ersten Kammer doch nicht für ausreichend. Auch verstehe sich diese schon von selbst; denn wenn Grund vorläge, die zweite Kammer zu reformiren, so müsse bei der ersten Kammer erst recht Grund da sein zur Reformation. Man habe auf die Adresse der ersten Kammer verwiesen, allein diese enthalte nur Worte, und gegen Worte sei man seit 1815 etwas misstrauisch geworden; er glaube, daß nicht so leicht aus einem Saulus ein Paulus werde, obwohl er die Aufrichtigkeit der Gesinnungen Einzelner der ersten Kammer nicht bezweifle. Es sei ein Princip für das Einkammersystem, weil dieses keine Stellvertretung, sondern eine Volksvertretung zur Grundlage habe. Nur zwei Factoren solle die Regierung haben, Regenten und Volk; in den Republiken fehle das monarchische Princip, und nur deshalb, um den zweiten Factor zu schaffen, sei dort eine zweite Kammer ins Leben gerufen worden. Er sei indessen nicht der Ansicht, diese Frage zu einer Existenzfrage für die Minister zu machen, und beantrage daher statt des jetzigen Paragraphen einen andern vermittelnden, der ungefähr so lautete: „Die bei Berathung des in Aussicht gestellten Wahlgesetzes hervortretende Frage des Einkammersystems sei zu tief eingreifender Natur, als daß die Stände hier unterlassen könnten, sie der reiflichsten Erwägung der Staatsregierung zu empfehlen.“ Dieser Antrag fand zahlreiche Unterstützung. Der Abg. Schäffer sprach sich hauptsächlich deshalb gegen das Einkammersystem aus, weil es die bestehenden Klassen gefährden heiße, wenn man das Recht der Steuerbewilligung und die Vertheilung der Staatslasten in die Hände der Besitzlosen legen wolle, und weil das Zweikammersystem der Regierung einen Standpunkt über den Parteien einzunehmen möglich mache. Auch sei beim Einkammersystem wol noch zu bemerken, daß dasselbe die Gelüste der Stände, sich die Rechte der Regierung anzueignen, sehr fördern könnte. Der Abg. Sachse sprach ebenfalls gegen das Einkammersystem und hielt dem Zweikammersystem eine warme Lobrede, wobei er den Satz auszuführen suchte, daß, je größer der Besitz, desto unabhängiger die Stellung, und um so uneigennütziger könne in einer solchen von der Regierung und dem Volk unabhängigen Stellung dann die Wirksamkeit für das Volkwohl sein. Nicht Alle, die sich populair zu machen suchten, wirkten wirklich für das wahre Beste des Volks. Der Referent suchte den Paragraphen in seinen Hauptbestandtheilen dadurch zu halten, daß er den Bordersatz zu ändern sich bereit erklärte, so zwar, daß derselbe lautete: „Die Kammer kann nicht unterlassen, der Staatsregierung den Wunsch auszudrücken, daß den Ständen“ etc., was auch von sämtlichen Mitgliedern der Deputation adoptirt wurde.

Hierauf nahm der Staatsminister v. d. Pfordten das Wort und kam in einer trefflichen Rede auf den früher von der Ministerbank her ausgesprochenen Wunsch zurück, daß der in Rede stehende Paragraph eine wesentliche Abänderung erleiden und bloß als Wunsch, vielleicht wie der Siegel'sche Antrag es wolle, der Adresse einverleibt werde. Das Ministerium habe gern die freieste Erörterung des Gegenstandes gehört, es werde sich der Erörterung keiner Zeitfrage entziehen; man werde ihm daher den obigen Wunsch nicht misdeuten. Wo die Regie-

rung sich bereit erkläre, eine einseitig berathene Adresse entgegenzunehmen; wo sie erkläre, daß, wenn die Majorität der Kammer nicht für sie sei, sie abtreten werde; wo sie sich für eine wahrhaft parlamentarische Verfassung erkläre, da erlange die Adresse eine gar hohe Bedeutung; um ihrer Würde, um der Wahrhaftigkeit der parlamentarischen Verfassung willen könne sie nicht zugeben, daß irgend eine Zweideutigkeit darin stehen bleibe; eine Zweideutigkeit enthalte der Paragraph aber trotz der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung; es werde hierdurch der Regierung ein bedingtes Vertrauensvotum gegeben, wodurch das in den vorhergehenden Paragraphen ausgesprochene unbedingte Vertrauen wieder aufgehoben werde. Ein solches bedingtes Vertrauensvotum könne der gegenwärtigen Regierung nicht genügen; sie habe ein unbedingtes erwartet und sei dies zu erwarten wol berechtigt gewesen; er könne dies am geeignetsten aussprechen, weil er fühle, daß er für seine Person den kleinsten Theil an diesem Vertrauen habe, das aber seine Nachbarn (Dr. Braun und Hr. Oberländer) mit vollem Rechte verdient hätten. Wo solle der Muth, wo die Kraft herkommen für diese Männer zu fernem Wirken, wenn die Kammer, und noch dazu die zweite Kammer, ihnen nur ein halbes Vertrauensvotum geben könne? Die Regierung müsse daher auf einer andern Fassung durchaus bestehen.

Nachdem hierauf noch mehrere Abgeordnete für und wider das Zweikammersystem gesprochen hatten, ohne wesentlich neue Momente vorzuführen, wurde die Debatte über diesen Abschnitt von dem Präsidenten für geschlossen angenommen und der Referent erhielt das Schlusswort, in welchem derselbe nur noch die Befürchtungen aussprach, daß die erste Kammer beim Zweikammersysteme leicht zum Schlupfwinkel der Reaction werden könne, und bei diesem Systeme Fälle vorkommen dürften wo es der Regierung unmöglich sein könnte, den Volkswillen zu ergründen, den sie als Basis ihrer Richtung bezeichnet habe.

Der Präsident stellte nun zuvörderst die Frage auf Annahme des Paragraphen in der von der Deputation veränderten Fassung; er wurde mit 44 Stimmen abgelehnt. Jetzt wurde die Frage über den vom Secretair Siegel gemachten Vermittelungsvorschlag gestellt; er wurde mit 33 Stimmen abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte das Separatvotum des Abg. v. d. Planitz; es wurde mit 37 Stimmen verworfen. Staatsminister Dr. Braun äußerte nach dieser Entscheidung, daß er es für seine Pflicht halte, zu erklären, daß die Regierung trotz dieses Resultats der Abstimmung ihrem Entschlusse treu bleiben und diese Frage in reiflichster Erwägung halten werde.

Die beiden letzten Paragraphen des Entwurfes fanden keine Ausführung. Der Präsident ging nun zur Fragestellung über die Annahme des Ganzen über, indem er die Frage an die Kammer richtete, ob sie den vorliegenden Entwurf einer Adresse an den König annehme? Und diese Frage wurde bei Abstimmung durch Namensaufruf von 34 Stimmen mit „Rein“ beantwortet, mithin der berathene Entwurf abgelehnt. Die Kammer beschloß hierauf, von weiteren Schritten zur Entwerfung eines neuen Entwurfes abzusehen und das Resultat der heutigen Sitzung ist also — daß die zweite Kammer jetzt gar keine Adresse auf die Thronrede erlassen wird!

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 27. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 86 Br.; Sächsisch-Bairische 70 Br., 69 bezahlt; Sächsisch-Schlesische 60 Br., 58 1/2 G.; Chemnitz-Niesauer 25 1/2 Br., 25 1/4 G.; Löbau-Zittauer 22 Br., 21 G.; Magdeburg-Leipziger 148 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 76 bezahlt und Geld, Litt. B. 69 Br., 67 1/2 G.; Altona-Kieler 79 G.; Anh.-Dess. Bank 80 G.; Preuß. Banktheile 64 G.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 25. Mai. Destr. Bfact. 930; 250 Fl. 2. 60; 500 Fl. 2. 93; Bair. 3 1/2 pc. 70; Bad. 50 Fl. 2. 37 1/2; Darmst. 50 Fl. 2. 53; 25 Fl. 2. 18 Br.; Raff. 25 Fl. 2. 18; Sarg. 17 1/2; Kurhess. 21 1/2. Wien, 24. Mai. Bfact. 910; Met. 5pc. 62; 4pc. 52; 3pc. 40; 500 Fl. 2. 103; 250 Fl. 2. 62.

Actien. Frankfurt a. M., 25. Mai. Taunusb. 254; Nordb. 30 1/2; Verb. 51 1/4. Wien, 24. Mai. Nordb. 81; Stagg. 81; Rail. 53; Livorn. 52 3/4; Pesth. 51.

Berliner Börse, 26. Mai. Preuß. Fonds u. Geldsorten, Stfsch. 3 1/2 pc. 69 1/2, Seehandl. Prämisch. 77 1/2 Br., Pfdbr. westpr. 3 1/2 pc. 74 1/2 Br., posen. 4pc. 83 1/2, neue 3 1/2 pc. 71, ostpr. 3 1/2 pc. 82, pomm. 3 1/2 pc. 88, Kur. u. neum. 3 1/2 pc. 88 1/2, Bankanth. 64, Friedrichsd. 113 1/2, Louisd. 112 1/2, Disconto — Proc. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 75, Berl.-Hamb. 4pc. 61, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 82, Berl.-Potsd.-Magd. 4pc. 45, Berl.-Stett. 76 1/2, Köln-Mind. 4pc. 64, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 74 1/2, Graf.-Oberschl. 4pc. 29, Riedersch. 4pc. 57 1/2, Prior.-Act. 4pc. 72, 5pc. 79 1/2, Oberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 65, Prior.-Act. Litt. B. 3 1/2 pc. 67, Rhein. 4pc. 46, Thür. 4pc. 44, Prior.-Act. 3 1/2 pc. 70. — Quittungsbogen: Berg.-Märk. 4pc. 40, Berl.-Anh. Litt. A. 4pc. 66 1/4, Magd.-Wittenb. 4pc. 40 1/2, Nordb. (R.-W.) 4pc. 32 1/4, Posen-Starg. 4pc. 47 1/2. — Ausländische Fonds: Russ.-engl. Anl. 5pc. 88, 2. — 5. Anl. (Stiegl.) 4pc. 70, Poln. Schaßobl. 4pc. 57, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 84, (neue) 4pc. 84, Part. à 500 Fl. 4pc. 58 1/2, à 300 Fl. 80, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5pc. 63.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Anzeige.

Die Oberpostamt-Zeitung vom 22. Mai enthält folgendes Inserat:
Zurücknahme. Die Empfehlung, welche ich dem Deutschen Reichstagsblatt zu Theil werden ließ, zwingen mich die Verhältnisse, hiermit öffentlich zurückzunehmen, dagegen aber meine Freunde auf die von heute an erscheinende **Reichstagszeitung** aufmerksam zu machen.
 Frankfurt a. M., den 20. Mai 1848.

Die Redaction des Deutschen Reichstagsblattes beillt sich, von freien Stücken diese Ankündigung dem Publicum mitzutheilen. Sie thut dies ohne Furcht und Tadel. Die Verhältnisse, auf die Herr Blum geheimnißvoll anspielt, nöthigen ihr jedoch eine kleine Randglosse ab. Diese Verhältnisse bestehen einfach darin, daß der unterzeichnete Redacteur des Reichstagsblattes, das er nach seinem eignen Plane und mit seinen eignen Mitteln, somit auf eigene Gefahr gegründet hatte, nicht geneigt sein wollte, sich von Herrn Blum rüchlich der Leitung des Blattes gänzlich zu lassen, oder gar, wie ausdrücklich beansprucht wurde, ihn zum souverainen Herrn des Reichstagsblattes zu machen, das im Laufe weniger Tage über 400 Abonnenten zu erlangen so glücklich war. Andere Verhältnisse, an die Herr Blum bei Abfassung dieser feierlichen Zurücknahme nicht dachte, wollen wir vorläufig unberührt lassen. Der Redacteur der Reichstagsblätter hat dieses Organ gegründet, um unabhängig, und wenn es nöthig, mit großen Opfern die gute Sache des Fortschritts fördern zu können. Er kann und wird nimmermehr sich einem despotischen Fremdwillen unterwerfen, der ihn leicht auf eine Bahn führen könnte, wo er statt dem Volke, bloß einer kleinen Partei dienlich wäre.

Unmittelbar nach der Empfehlung der Reichstagszeitung von Seite des Herrn Blum findet sich folgende Verlagsempfehlung, die wir ebenfalls wörtlich aufnehmen:
 „Von heute an erscheint in meinem Verlage täglich eine,

Reichstagszeitung,

herausgegeben von **Robert Blum, J. G. Günther** und **Dr. W. Schaffrath**, Mitgliedern der constituirenden Nationalversammlung.

Das Blatt bespricht alle wichtigen Fragen vor der Verhandlung, gibt über alle wichtigen Verhandlungen eine Beurtheilung und liefert außerdem selbst den Bericht über die Verhandlungen unmittelbar nach Beendigung derselben. Es kostet bei Vorausbezahlung vierteljährlich 1 Fl. 30 Kr., monatlich 42 Kr., und einzelne Blätter, die stets nach der Sitzung in meinem Geschäftslocale zu haben sind, 2 Kr. Wer etwa das Reichstagsblatt gegen die Reichstagszeitung umtauschen will, erhält die letztere so lange umsonst, als er das erstere nachweislich bezahlt hat.

Frankfurt a. M., den 20. Mai 1848.
 Wir können dem geneigten Publicum die Versicherung geben, daß die neue Reichstagszeitung dem Reichstagsblatte frappant ähnlich ist. Die Reichstagszeitung hat dasselbe Format, dieselben Lettern wie das Reichstagsblatt, mit dessen Titel sie ohnehin fast ganz übereinstimmt. Wir theilen dies unsern Abonnenten mit, damit sie den ihnen angebotenen Tausch nach Gutdünken um so rascher bewerkstelligen können. Bei so großmüthiger Unergenüßigkeit für ein fremdes Blatt dürfte es uns jedoch gestattet sein, für unser eignes mit Liebe gepflegtes Unternehmen ebenfalls ein Wörtchen aufzuwenden. Wir thun dies, indem wir unsere geehrten Abonnenten und die künftigen Freunde des Reichstagsblattes versichern, daß dasselbe trotz der feierlichen Zurücknahme der Blum'schen Empfehlung, und was vielleicht noch mehr, trotz der öffentlichen Ankündigung der Blum'schen Theilnahme nach wie vor fortbestehen wird. Ausgezeichnete Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses und der Constituirenden Nationalversammlung haben uns nämlich, ohne unser unabhängiges Urtheil irgendwie beschränken zu wollen, aufs freundlichste und uneigennützigste ihre Unterstützung bereits zu Theil werden lassen.
 Frankfurt a. M., den 22. Mai 1848.

Die Redaction des Deutschen Reichstagsblattes.
Dr. Eugen Eberts.

11946]

Bericht

über die

Verlagsunternehmungen für 1848

von

J. A. Brockhaus in Leipzig.

Die mit * bezeichneten Artikel werden bestimmt im Laufe des Jahres fertig; von den übrigen ist das Erscheinen ungewisser.

- (Der Anfang und die Fortsetzung befinden sich in Nr. 137, 140 und 146.)
- 74. **Passavant (J. D.), L'oeuvre de Raphael d'Urbino**, ou catalogue raisonné des ouvrages de ce maître, précédé d'une notice sur sa vie. In-8. Broch.
 Von dem Verfasser erschien bereits ebendasselbst:
 Rafael von Urbino und sein Vater Giovanni Santi. Zwei Bände. Gr. 8. Mit 14 Abbildungen in einem Atlas in Grossfolio. 1839. Velinpapier 18 Thlr.; Pracht-Ausgabe (mit Kupfern auf chinesischem Papier) 30 Thlr.
 In der Ausgabe auf Velinpapier werden sowohl der Text als auch die Abbildungen dieses Werks einzeln erlassen; der Text kostet 8 Thlr., der Atlas 10 Thlr.
 - 75. **Platon's Werke.** Aus dem Griechischen übersetzt von **K. Steinhart** und **H. Müller**. In sechs Bänden. Erster Band und folgende. Gr. 8. Geh.
 Das Werk wird durch eine allgemeine Einleitung über das Leben und die Werke Platon's eingeführt und jedem einzelnen Dialoge noch eine besonders Einleitung vorausgeschickt werden.
 Früher erschien bereits daselbst:
 Die Lustspiele des Aristophanes. Uebersetzt von **H. Müller**. Drei Bände. 1843-46. 5 Thlr. 12 Ngr.
 - *76. **Prescott (W. H.), Geschichte der Eroberung von Peru.** Mit einer einleitenden Uebersicht des Bildungszustandes unter den Inkas. Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Mit einer Karte von Peru. Gr. 8. Geh. 5 Thlr.
 Von **W. H. Prescott** erschien bereits in demselben Verlage:
 Geschichte Ferdinand's und Isabella's der Katholischen von Spanien. Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Gr. 8. 1843. 6 Thlr.
 Geschichte der Eroberung von Mexico mit einer einleitenden Uebersicht des frühern mexicanischen Bildungszustandes und dem Leben des Eroberers Hernando Cortes. Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Mit 2 lithographirten Tafeln. Gr. 8. 1845. 6 Thlr.
 - *77. **Prug (A.), Das Engelsen.** Roman. Zwei Theile. Gr. 12. Geh.
 - *78. **Rant (J.), Eine Mutter vom Lande.** Erzählung. Gr. 12. Geh.
 - *79. **Rußlands Novellendichter.** Uebersetzt und mit biographisch-kritischen Einleitungen von **W. Wolffsohn**. Erster und zweiter Theil. Gr. 12. Geh. 3 Thlr.
 Der erste Theil enthält Novellen von Helena Fahn und Alex. Puschnin; der zweite Theil Novellen von Nikolai Pawlow.
 - *80. **Norddeutsche Sagen, Märchen und Gebräuche aus Mecklenburg, Pommern, der Mark, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Westfalen.** Aus dem Munde des Volkes gesammelt und herausgegeben von **A. Ruhn** und **W. Schwarz**. Gr. 8. Geh. 2 Thlr. 15 Ngr.
 In demselben Verlage erschien bereits:
Wolff (J. W.), Niederländische Sagen. Gesammelt und mit Anmerkungen herausgegeben. Mit 1 Kupfer. Gr. 8. 1843. 3 Thlr.
 Deutsche Märchen und Sagen. Gesammelt und herausgegeben. Mit 3 Kupfern. Gr. 8. 1845. 3 Thlr.
 - *81. **Säma-Veda.** Die Hymnen des Säma-Veda, herausgegeben, übersetzt und mit Glossar versehen von **T. Bensley**. Schmal gr. 4. Geh.
 - *82. **Schneider (A.), Das Kriegsjahr 1813.** Ein Volksbuch. Mit einer Karte des Kriegsschauplatzes. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 1 Ngr. 50.
 - *83. **Sedgwick (Miss), Leben der Lucretia Maria Davidson.** Aus dem Englischen. Gr. 12. Geh. 24 Ngr.
 Im Jahre 1843 erschien ebendasselbst:
Frothing (Washington), Biographie der jungen amerikanischen Dichterin Margarethe M. Davidson. Gr. 12. 18 Ngr.
 - *84. **Spreu. 16. Heft** 1 Thlr.; gebunden 1 Thlr. 8 Ngr.
 Als Verfasser dieser interessanten Schrift können wir jetzt **Friedrich von Raumer** bezeichnen.
 - *85. **Sternberg (A. von), Berühmte deutsche Frauen des 18. Jahrhunderts.** In Bildnissen zusammengestellt. Zwei Theile. Gr. 8. Geheftet 4 Thlr.; gebunden 4 Thlr. 20 Ngr.
 I. Gräfin Aurora Königsmarck. — Fürstin Amalie Gellin. — Anna Luise Karsh. — Angelika Kauffmann. — Elisabeth Wata. — Frau von Krüdenet. — Karoline Reuber.
 II. Katharina II. — Elisabeth Charlotte. — Marie Theres. — Anna Amalie, Herzogin von Sachsen-Weimar. — Gräfin Aldung.
 - 86. **Die geistlichen und weltlichen Höfe des 18. Jahrhunderts.** Zwei Theile. Gr. 8. Geh.
 In demselben Verlage ist von dem Verfasser früher erschienen:
 Fortunat. Ein Feenmärchen. Zwei Theile. 8. 1842. 3 Thlr. 22 Ngr.
 Der Riffonair. Ein Roman. Zwei Theile. Gr. 12. 1842. 3 Thlr.
 - *87. **Stieglitz (H.), Erinnerungen an Rom und den Kirchenstaat im ersten Jahre seiner Verjüngung.** Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.
 - *88. **Tarnow (Fanny), Zwei Jahre in Petersburg.** Aus den Papieren eines alten Diplomaten. Zweite Auflage. Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 24 Ngr.
 - *89. **Taylor (H.), Philipp van Artevelde.** Ein dramatisches Gedicht in fünf Acten. Aus dem Englischen übersetzt von **A. Heilmann**. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

(Fortsetzung folgt.)

Mont

Scipio. erscheint täglich zu beziehen Postämter

Deutschla

*Frankf Die Conf Der Uebe über den Mitgliebereffe. Manifest hannover Landtag. fallener. Alastri tingent. Aufruf.

Preußen. Abegg'sche Kagenmus Die Baua Handel u Ankündig

** Fran tuirenden trag der Ab schusses betr angenommen durch Abg. S nisse. Aus telte, geht b daten und d damals die Landsleute g Bürger viel Kinder, gekl preußische S 2 leicht verr durch Dolch Strich mit ei Rücken einbr der Strafe gen übrigen Bericht erzäl aus beglaubit Urtheile zu droht, daß g jezt das Ver Aufsicht geste punkt aus la Mainz sei de den sein und Partei oder nach seiner Strafenkamp digt, keine To jernigen, die Berichten üb gens wünsch getroffen und Nation bilden Bundesfestun der) stellt dak werde, einen 2) daß ein B *) Vorlä